

Walter, Norbert; Boss, Alfred

**Working Paper — Digitized Version**

## Zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland in den 80er Jahren

Kiel Working Paper, No. 242

**Provided in Cooperation with:**

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

*Suggested Citation:* Walter, Norbert; Boss, Alfred (1985) : Zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland in den 80er Jahren, Kiel Working Paper, No. 242, Kiel Institute of World Economics (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/741>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Kieler Arbeitspapiere Kiel Working Papers

Arbeitspapier Nr. 242

Zur wirtschaftlichen Entwicklung  
in der Bundesrepublik Deutschland  
in den 80er Jahren

von

Norbert /Walter

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

ISSN 0342 - 0787

Institut für Weltwirtschaft  
2300 Kiel, Düsternbrooker Weg 120

Arbeitspapier Nr. 242

Zur wirtschaftlichen Entwicklung  
in der Bundesrepublik Deutschland  
in den 80er Jahren

von

Norbert Walter

A 9 4216 / 85  
Weltwirtschaft  
Kiel

September 1985

Für Inhalt und Verteilung der Kieler Arbeitspapiere ist der jeweilige Autor allein verantwortlich, nicht das Institut.  
Da es sich um Manuskript in einer vorläufigen Fassung handelt, wird gebeten, sich mit Anregung und Kritik direkt an den Autor zu wenden und etwaige Zitate vorher mit ihm abzustimmen.

<u>Gliederung</u>	Seite
A. Die Aufgabenstellung	3
B. Methodologische Anmerkungen	4
C. Die Wirtschaftspolitik	6
I. Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen	6
II. Nationale Wirtschaftspolitik	15
a) Geldpolitik	15
b) Finanzpolitik	19
c) Achtziger Jahre: Renaissance der Ordnungspolitik?	20
III. Verhalten der Tarifpartner	23
D. Die wahrscheinliche Entwicklung	24
I. Die gegenwärtige konjunkturelle Lage und die Aussichten bis Ende 1986	24
II. Mittelfristige Entwicklung	28
a) Bevölkerung und Arbeitskräfteangebot	28
b) Kapitalstock und Produktionspotential	32
c) Bruttosozialprodukt und Inflationsrate	33
d) Bruttosozialprodukt und seine Verwendung	38
e) Beschäftigung und Produktivität	41
f) Einkommensverteilung	52
E. Abschließende Bemerkungen	52

Dieses Arbeitspapier ist eine revidierte und ergänzte Fassung des Kieler Arbeitspapiers Nr. 169 mit dem gleichen Titel von Alfred Boss und Norbert Walter vom Februar 1983.

## ZUR WIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND IN DEN 80ER JAHREN

### Zusammenfassung in Thesen:

1. Die wirtschaftliche Unsicherheit, die aus Wachstumsschwäche, Arbeitslosigkeit und internationalen Verschuldungsproblemen resultiert, erhöht die Nachfrage nach Prognosen, vor allem nach Prognosen der mittelfristigen wirtschaftlichen Entwicklung.
2. Trotz vieler wirtschaftlicher Schocks und institutioneller Veränderungen sind eine Reihe ökonomischer Regelmäßigkeiten mehr oder weniger konstant geblieben. Daher erscheint es sinnvoll, eine Skizze eines nicht unwahrscheinlichen Verlaufs der wirtschaftlichen Entwicklung für den Rest der 80er Jahre anzufertigen.
3. Ausgangspunkt für die Analyse ist der ökonomische Fehlstart in die 80er Jahre: die nachhaltige Investitionsschwäche, der markante Anstieg der Arbeitslosigkeit, die Inflation, der übergroße Staatsanteil und die massiv gestiegene Staatsverschuldung. Ausgangspunkt für die Analyse ist freilich ebenso die Ernüchterung über die Gestaltungsmöglichkeiten des Entwicklungsprozesses durch Globalsteuerung und Strukturpolitik, die Erkenntnis des Schwindens der Geldillusion.
4. Der Renaissance der Ordnungspolitik und allgemein marktwirtschaftlicher Wirtschaftspolitik steht aber der Beharrungswille begünstigter Interessengruppen ebenso im Wege wie die unzureichende ökonomische Ausbildung der Bürger dieses Landes unter Einschluß seiner Politiker.
5. Eine wirtschaftliche Besserung wird sich in den 80er Jahren nur mühsam einstellen. Weder bleiben uns das zyklische Auf und Ab erspart, bleiben doch Finanz- und Geldpolitik - wenn auch weniger ausgeprägt als in den 70er Jahren - bei ihrer Politik des Stop and Go, das heißt dem Bekämpfen des jeweils am meisten verfehlten wirtschaftspolitischen Ziels; noch wird sich die Besserung als Ergebnis von Einsicht in die Zusammenhänge und antizipierendem Verhalten einstellen. Eine Lohn- und Wirtschaftspolitik, die die Wachstumsschwäche nachhaltiger überwinden und früher zu Vollbeschäftigung zurückführen könnte, werden als ex-ante unzumutbar empfunden. So wird sich eine wirtschaftliche Besserung jeweils erst dann einstellen, nachdem die Krise eingetreten ist.

6. Unter solchen Vorbedingungen, das heißt einem nur zögernden und zeitweise blockierten Einschlagen eines prinzipiell marktwirtschaftlichen Kurses der Lohn- und Wirtschaftspolitik, werden sich die drängenden wirtschaftlichen Probleme nur unzureichend lösen lassen.

Die Belebung des Wirtschaftswachstums auf Raten von rd. 2,5 vH in der zweiten Hälfte der 80er Jahre dürfte erst gegen Ende des Jahrzehnts die Arbeitslosigkeit wieder unter die Zwei-Millionen-Marke drücken. Die Reallohnsteigerungen werden sich lediglich auf rd. 1 vH belaufen. Der Preisanstieg dürfte in der zweiten Hälfte der 80er Jahre etwa 2,5 vH betragen.

7. Das skizzierte Szenario für den Rest des Jahrzehnts, so ungünstig es für manchen auf den ersten Blick erscheinen mag, basiert auf einer Reihe wirtschaftspolitischer Korrekturen, die aus heutiger Sicht eher als ambitioniert erscheinen.

So erfordert die in die Prognose eingebaute Verminderung des Staatsanteils eine Reihe gesetzlicher Änderungen bei Leistungsgesetzen (Subventionskürzungen und Korrekturen in der Sozialpolitik). Auch eine nachhaltige Tariflohnzurückhaltung und eine vermehrte Lohndifferenzierung können keineswegs als sicher gelten, sondern erfordern in nicht geringem Maße ein Umdenken der Tarifparteien. Zudem sind externe Schocks vom Ausmaß der beiden Ölpreisexplosionen in der Prognose ausgeschlossen.

## A. Die Aufgabenstellung

1. Der Herausforderung, treffsichere gesamtwirtschaftliche Prognosen für die kurze Frist zu erstellen, kann durch die Konzentration der Forschungsarbeit auf die Analyse kurzfristiger Phänomene, insbesondere der Nachfrageentwicklung, nur unzureichend entsprochen werden. Sowohl für das Erkennen von Wendepunkten als auch für das Aufspüren von Trendbrüchen muß auch die längerfristige Entwicklung untersucht werden. Insbesondere ist es wichtig, die auf der Angebotsseite wirkenden Einflüsse und ihre Entwicklung zu erfassen. Wichtig ist aber auch, die Reaktionen der wirtschaftspolitischen Instanzen und der Wirtschaftssubjekte auf zyklische und längerfristige Phänomene einzubeziehen.

2. Zweck einer Analyse, die die wahrscheinliche Wirtschaftspolitik einbezieht, kann es nicht sein, wirtschaftspolitische Empfehlungen abzuleiten, die geeignet wären, bestimmte Fehlentwicklungen zu vermeiden. Vielmehr wird beabsichtigt, eine als wahrscheinlich betrachtete gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu skizzieren, die als Input für jene von Nutzen sein kann, die für ihre einzelwirtschaftliche Planung einen gesamtwirtschaftlichen Rahmen benötigen.

3. Nicht allein deshalb, weil zukünftige Prioritäten nicht bekannt sind, sondern auch deshalb, weil es auch zukünftig unerwartete Schocks geben wird, ist eine Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung für die mittlere Frist nicht als eine Prognose im üblichen Sinne, das heißt als eine mit einer beträchtlichen Wahrscheinlichkeit eintreffende Entwicklung, zu verstehen. Vielmehr wird lediglich eine konsistent erscheinende, aus dem ökonomischen und gesellschaftspolitischen Umfeld zu Mitte der 80er Jahre abgeleitete Entwicklung dargestellt. Sie mag als ein Gerüst angesehen werden, das aufgestellt wird, um die Gebäude künftiger, auf die kurze Frist zielender Prognosen ein wenig geschützter zu machen. Sie soll jedoch auch als Gerüst nicht fixiert sein, sondern vielmehr Anstoß für eine Diskussion um die Rahmenbedingungen sein.

4. Die 70er Jahre waren ein Jahrzehnt der Enttäuschung über die Machbarkeit der Wirtschaftsentwicklung. Die Enttäuschung über die mangelnde Wirksamkeit staatlichen und geldpolitischen Interventionismus in mikroökonomischer und makroökonomischer (zyklischer) Steuerung war umfassend und weltweit. Die intellektuelle Abwendung vom Interventionismus in strukturpolitischer und nachfragesteuernder (keynesianischer) Form war jedoch (noch) nicht begleitet von faktischer interventionistischer Enthaltensamkeit. Neokonservatismus als Moderscheinung setzt sich im wissenschaftlichen und im wirtschaftspolitisch-pro-

grammatischen Bereich mehr und mehr durch. In der Wirtschaftspolitik selbst spielt die neue Philosophie bislang aber nur eine bescheidene Rolle.

5. Weil dies so ist, basiert die Prognose auf einer weltweit weiterhin der Tendenz nach synchronen Stop-and-go-Politik. Insbesondere die Geld- und Finanzpolitik werden gemäß dieser Annahme auch in den 80er Jahren ihr Handeln jeweils an dem am meisten verletzten wirtschaftspolitischen Ziel (Preisstabilität, Vollbeschäftigung, Wachstum, Leistungsbilanzgleichgewicht) ausrichten. Dies bedeutet, daß die Wirtschaftspolitiker die existierenden Wirkungsverzögerungen auch weiterhin nicht gebührend berücksichtigen; damit bewirken sie auch künftig zyklische Schwankungen.

## B. Methodologische Anmerkungen

6. "A trend is a trend is a trend

But the question is, will it bend?

Will it alter its course

Through some unforeseen force

And come to a premature end?"<sup>1</sup>

7. Nach einer These von Knut Borchardt ist der Prognosebedarf "dann besonders groß, wenn die tatsächliche Entwicklung anders verläuft, als man allgemein erwartet hat, wenn also neue Erfahrung und alte Erfahrung auseinanderfallen"<sup>2</sup>; es gilt aber, "daß gerade in den Zeiten intensivster Nachfrage nach Prognosen die Produktionsbedingungen für Prognosen relativ schlecht sind. Denn natürlich kann auch der Prognostiker nicht darauf verzichten, vergangene Erfahrung zu verwerten, das heißt irgendwelche erkundeten Konstanten zur Basis seines Urteils zu machen"<sup>3</sup>.

8. Wenn der von Borchardt als Prognosedilemma umschriebene Sachverhalt die Realität richtig widerspiegelt, dann besteht gegenwärtig ein hoher Bedarf an

<sup>1</sup> Limerick, den A. C. Cairncross (Essays in Economic Management, London 1971, S. 139) einem "Stone Age Forecaster" zuschreibt. Zitiert nach Knut Borchardt, Produktions- und Verwertungsbedingungen von Langfristprognosen in historischer Perspektive, in: Allgemeines Statistisches Archiv, 63. Band, 1979, Heft 1, S. 1-25, hier S. 8.

<sup>2</sup> Vgl. Borchardt, a.a.O., S. 8.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 8.



Prognosen, vor allem an langfristigen Prognosen der wirtschaftlichen Entwicklung. Es ist aber dann auch klar, daß eine Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung bis zum Jahre 1990 mit vielen Vorbehalten und gehöriger Distanz zur Kenntnis genommen werden muß. Genau dies gilt auch für den vorliegenden Beitrag. Als ein grober Ansatz kann er viele Detailerkennnisse nicht oder nur teilweise nutzen, die im Rahmen der Untersuchungen zur Entwicklung der Wirtschaftsstruktur der Bundesrepublik Deutschland gewonnen worden sind<sup>1</sup>.

9. Wie in jeder Prognose werden die Resultate aus bestimmten ökonomischen Gesetzmäßigkeiten (Hypothesen, die sich bewährt haben) und aus bestimmten Anwendungsbedingungen abgeleitet. Beispiele für solche Hypothesen sind der Zusammenhang zwischen Reallohn und Beschäftigung, die Abhängigkeit der Erwerbsneigung der Frauen von der Entwicklung des Reallohnes oder der Einfluß der ausländischen Konjunkturentwicklung und des realen Wechselkurses auf die deutschen Exporte. Freilich sind die verwendeten Hypothesen nicht immer gut empirisch abgesichert. Nur wenige Hypothesen genügen etwa jenen strengen Kriterien, die bei Regressionsanalysen üblicherweise gefordert werden. Die verwendeten Gesetzmäßigkeiten sind in der Regel weder deterministische noch stochastische Hypothesen, sondern sie genügen nur den Anforderungen einer weniger streng formulierten wissenschaftstheoretischen Position des kritischen Rationalismus<sup>2</sup>. Es werden Abweichungen von den durch die jeweilige Hypothese postulierten Werten zugelassen, soweit "gute Gründe" für das Auftreten der Abweichungen angeführt werden können.

10. Bei einer Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung bis 1990 sind wohl fast alle interessierenden Variablen als voneinander abhängig zu betrachten. Lediglich die Bevölkerungsentwicklung bis 1990 dürfte weitgehend festliegen; wegen der Wanderungen in die Bundesrepublik oder aus ihr heraus sind aber selbst hier Vorbehalte angebracht. Die Interdependenz wird dadurch verstärkt, daß die Geld- und die Finanzpolitik als abhängig von der Preis- und Beschäftigungsentwicklung betrachtet werden. Dennoch setzt der gewählte Ansatz an einer Stelle des interdependenten Systems ein und analysiert Konsequenzen für andere Variablen des Systems. Dabei fließen zwar auch Vorstellungen über andere Variablen ein, es mag aber durchaus sein, daß sich aus einzelnen Bau-

<sup>1</sup> Vgl. Fels, Gerhard, Schmidt, Klaus-Dieter und Mitarbeiter, Die deutsche Wirtschaft im Strukturwandel, Kieler Studien, Nr. 166, Tübingen 1981.

<sup>2</sup> Zu dieser wissenschaftstheoretischen Position vgl. Grohmann, Heinz, Statistik im Dienste von Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik - Einige methodologische Betrachtungen zu ihren Zielen und Möglichkeiten, Allgemeines Statistisches Archiv, 60. Band, Heft 3/4 1976, S. 320-356.

stücken der Prognose bei der Zusammenfassung "unplausible" Relationen ergeben. In diesem Fall wird eine Revision zuvor festgelegter Abhängigkeiten zwischen einzelnen Variablen vorgenommen. Das beschriebene Vorgehen wird so lange wiederholt, bis Inkonsistenzen nicht mehr auftreten. Während in ökonomischen Mehrgleichungsmodellen die Interdependenzen durch simultane Festlegung der Koeffizienten der einzelnen Variablen in den Gleichungen berücksichtigt werden, läßt sich der hier gewählte Ansatz als ein iteratives Vorgehen kennzeichnen, das Plausibilitätsüberlegungen einbezieht, um der allgemeinen Interdependenz Rechnung zu tragen.

11. Wenn dieser Weg beschritten wird, so ist es sinnvoll, zunächst die relativ stabilen Zusammenhänge aufzuzeigen. Deshalb wird zuerst die Bevölkerungsentwicklung prognostiziert, um dann mit Hilfe schon weniger stabiler Relationen das Arbeitskräfteangebot zu ermitteln; dabei werden die spezifischen Erwerbsquoten als abhängig vom relativen Ertrag der Erwerbstätigkeit im Vergleich zur Freizeit angesehen. Danach werden noch weniger stabile Relationen angewendet, um weitere Ergebnisse abzuleiten. Nach Beendigung eines "Durchlaufs" werden Querverbindungen betrachtet und ggf. Revisionen vorgenommen; dabei werden aber jene "Grundhypothesen", die sich immer wieder bewährt haben, beibehalten, z.B. der mittelfristige Zusammenhang zwischen Geldmengenausweitung und Preisniveaumentwicklung.

### C. Die Wirtschaftspolitik

#### I. Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen<sup>1</sup>

12. Nach zweijährigem Aufschwung hat sich das Expansionstempo in den Industrieländern deutlich verlangsamt. Im ersten Halbjahr 1985 ist die Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials weltweit wieder etwas gesunken. Ausschlaggebend dafür war, daß die Auftriebskräfte in den Vereinigten Staaten nicht mehr so stark waren wie 1983/84. Damit verringerten sich auch die Impulse, die von der amerikanischen Wirtschaft auf die übrige Welt ausgingen. Die japanischen und europäischen Binnenmärkte expandierten weiterhin nur verhalten. In kaum einem Land ist die Arbeitslosigkeit gesunken.

<sup>1</sup> Zu den Ziffern 12 bis 28 vgl. Adolf Ahnefeld et al., Industrieländer: Länger anhaltende Konjunkturflaute?, Die Weltwirtschaft, Heft 1/1985, S. 1 bis 4 und 11 bis 14).

13. Die Vereinigten Staaten werden in diesem und im nächsten Jahr wohl nicht mehr in so starkem Maß wie bisher als Lokomotive der Weltwirtschaft wirken. Dafür sprechen zum einen zyklische Gründe, da der Aufschwung bereits reichlich zwei Jahre anhält. Zum anderen ist die amerikanische Regierung bemüht, die hohen Defizite im Staatshaushalt und in der Leistungsbilanz abzubauen, um für die Zukunft nicht Zins- und Tilgungsbelastungen vorzuprogrammieren, die selbst die hohe Leistungsfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft überfordern könnten. Wenn die Importe der amerikanischen Wirtschaft nicht mehr so kräftig steigen, werden insbesondere die westeuropäischen Länder selbst mehr dafür tun müssen, ihre wirtschaftliche Dynamik zu stärken und die Arbeitslosigkeit zu verringern. Ob ein Rückgang der Zinsen, der sich als Folge defizitmindernder Maßnahmen und schwächerer Konjunktur in den Vereinigten Staaten ergeben mag, dafür ausreicht, ist zweifelhaft. Nach wie vor werden in Westeuropa zusätzliche Einkommen überaus hoch besteuert, Leistungs- und Investitionsbereitschaft durch vielfältige Regulierungen blockiert, bestehende Preise und Löhne durch Marktzutrittschranken verteidigt - zu Lasten der Beschäftigungschancen der Arbeitslosen und Arbeitssuchenden und letztlich zu Lasten der Einkommenschancen aller.

14. Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte in den Industrieländern im ersten Halbjahr 1985 nur noch mit einer Jahresrate von durchschnittlich etwa 2 vH gestiegen sein. Dabei nahm die Beschäftigung kaum noch zu. Verglichen mit den beiden letzten Jahren, als sich die amerikanische Wirtschaft sehr viel dynamischer entwickelte, sind die Unterschiede in der Produktionsentwicklung wesentlich geringer geworden. Die Industrieproduktion ist in den Vereinigten Staaten seit dem Sommer 1984 sogar schwächer gestiegen als in vielen anderen Industrieländern. Dies besagt aber nicht, daß die weltwirtschaftliche Expansion nunmehr in gleichem Maß von den westeuropäischen Ländern und Japan getragen wird: Nach wie vor expandiert die Nachfrage in den Vereinigten Staaten stärker als anderswo. Dies hat jedoch nicht zu einer entsprechenden Produktionsausweitung in der amerikanischen Wirtschaft geführt, da die reale Aufwertung des Dollars die Wettbewerbsposition ausländischer Anbieter bei den international gehandelten Gütern entscheidend verbessert hat.

15. Die konjunkturellen Schwankungen lassen sich vor allem auf Unstetigkeiten in der Geldpolitik zurückführen. So ging dem Aufschwung in den Jahren 1983 und 1984 in den Vereinigten Staaten eine überaus starke Geldmengenausweitung voraus. Der Expansionskurs wurde jedoch nicht lange beibehalten, da die erreichte Preisstabilisierung und die feste Position des amerikanischen Dollars nicht gefährdet werden sollten. Die Abkehr von der zuvor übermäßig expansiven Geld-

politik erfolgte aber nicht allmählich, sondern recht abrupt, so daß nachfrage-dämpfende Effekte nicht ausbleiben konnten. Die anhaltend günstigen steuerpolitischen Rahmenbedingungen, insbesondere die niedrigen Einkommensteuersätze und die großzügigen Abschreibungsmöglichkeiten, haben die konjunkturelle Abschwächung nicht abwenden können; es ist freilich unzweifelhaft, daß sie dem vorangegangenen Produktionsanstieg Schwung gegeben und dabei vor allem die Investitionen beflügelt hatten.

16. In Westeuropa waren die Auftriebkräfte in den beiden letzten Jahren wesentlich schwächer als in den Vereinigten Staaten. Das reale Bruttosozialprodukt ist p.a. nur etwa um 2 vH gestiegen. Daß auch gegenwärtig keine grundlegende Besserung absehbar ist, liegt letztlich an angebotspolitischen Hemmnissen. Diese haben ihren Ursprung in den 70er Jahren, als die Märkte in Europa immer stärker reguliert, die Preisrelationen durch Verteilungskämpfe verzerrt, die Leistungseinkommen immer höher besteuert wurden, gleichzeitig aber die Notenbanken bestrebt waren, durch eine reichliche Geldversorgung so viel Wachstum wie möglich aufrechtzuerhalten. Im Unterschied zu vorangegangenen Aufschwungsphasen wurde in den 80er Jahren die Geldmengenausweitung in Westeuropa relativ knappgehalten, was wohl erklären mag, daß sich selbst kurzfristig keine spürbare Nachfragebelebung einstellte<sup>1</sup>. Für dieses Verhalten der Notenbanken spielte zweifellos eine Rolle, daß sich die europäischen Währungen gegenüber dem Dollar stark abwerteten.

17. In den meisten westeuropäischen Ländern hat sich die Arbeitslosigkeit seit Beginn der 80er Jahre noch nicht vermindert. Dagegen ist sie in den Vereinigten Staaten 1983/84 spürbar gesunken; seit Herbst letzten Jahres ist die Besserung jedoch ins Stocken geraten. Allerdings steigt die Beschäftigung in der amerikanischen Wirtschaft immer noch mit einer Jahresrate von etwa 2 vH und damit so stark wie das Arbeitskräftepotential. Zusätzliches Personal wird vor allem im Dienstleistungsbereich eingestellt; in der amerikanischen Industrie, die einem forcierten Wettbewerb ausländischer Anbieter ausgesetzt ist, stagniert die Beschäftigung dagegen seit Mitte 1984.

---

<sup>1</sup> Eine solche Position der Notenbanken erscheint verständlich, wenn man unterstellt, daß sie nicht daran glauben, daß die Regierungen und die Tarifparteien die erforderliche Flexibilisierung zustande bringen, die Marktkräfte also nicht gestärkt werden. In einem solchen Szenario, in dem mehr Wachstum und Beschäftigung nicht wahrscheinlich erscheinen, wollen die Notenbanken dann wenigstens verhindern, daß ein anderes Übel, die Inflation, erneut virulent wird.

18. In Westeuropa hat sich die Erwerbslosenquote gegenüber den Jahren 1978/79 mehr als verdoppelt, sie liegt bei etwa 11 vH. Besonders hoch ist die Arbeitslosigkeit in Spanien, im Vereinigten Königreich sowie in Belgien und in den Niederlanden. Anders als in den Vereinigten Staaten und in Japan ist die Beschäftigung in den meisten westeuropäischen Ländern seit 1980 fortlaufend gesunken; erst im zweiten Halbjahr 1984 kam diese Entwicklung zum Stillstand. Angesichts der Inflexibilität auf den Arbeitsmärkten, der geringen Anpassungsbereitschaft der Tarifvertragsparteien und der Unentschlossenheit der wirtschaftspolitischen Instanzen, Hemmnisse für eine verstärkte Investitionstätigkeit und Einstellungs politik der Unternehmen zu beseitigen, bleiben die Aussichten für eine Entlastung der Arbeitsmärkte in Westeuropa begrenzt. Unsichere Beschäftigungsaussichten wiederum dämpfen die Ausgaben- und Verschuldungsbereitschaft der privaten Haushalte, unsichere Absatz- und Gewinnerwartungen beeinträchtigen die Investitionsneigung vieler Unternehmen.

19. Die Verbraucherpreise steigen in den Industrieländern seit etwa zwei Jahren im Durchschnitt mit einer Rate von rund 5 vH. Anders als in den 70er Jahren zählen die Vereinigten Staaten zu den Ländern mit relativ niedrigen Inflationsraten. Besonders gering ist der Preisanstieg weiterhin in Japan und in der Bundesrepublik Deutschland. Dagegen begann sich die Inflation im Vereinigten Königreich wieder zu beschleunigen. In den meisten Ländern waren die markt mäßigen Preiserhöhungsspielräume bis zuletzt eng begrenzt - in Westeuropa und Japan, weil die Nachfrage nur in wenigen binnenwirtschaftlichen Bereichen lebhaft expandierte, in den Vereinigten Staaten, weil die Konkurrenz ausländischer Anbieter als Folge der massiven Dollaraufwertung immer stärker wurde.

20. Auf den einzelnen Märkten war die Preisentwicklung sehr unterschiedlich. Während sich Dienstleistungen vielfach recht kräftig verteuerten, sind vor allem die Immobilienpreise deutlich unter Druck geraten. Dies hängt vor allem damit zusammen, daß Inflationserwartungen und Einkommensaussichten, die in den 70er Jahren hoch waren und Investitionen in Immobilien begünstigten, gegenwärtig gedämpft sind<sup>1</sup>. In dieser Situation lassen auch die relativ hohen Realzinsen den Erwerb von Immobilien kaum noch rentabel erscheinen. Wo man, um die Bauwirtschaft zu stützen, die Neubautätigkeit subventioniert hat, bröckelten

<sup>1</sup> Vgl. hierzu Reinhard Fürstenberg, Über den Zusammenhang zwischen der Inflationsrate und den Immobilienpreisen in der Bundesrepublik Deutschland - Eine portfoliotheoretische Analyse. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Arbeitspapiere 234, Kiel, Juni 1985.

die Preise für Altbauten noch stärker ab. Ein anderer Bereich, in dem das schwache Wirtschaftswachstum und der Realzins auf die Preise drücken, sind die internationalen Rohstoffmärkte: Nachdem in den 70er Jahren relativ niedrige Zinsen die Nachfrage und den Ausbau der Angebotskapazitäten mit stimuliert hatten, befinden sich nunmehr die Preise vieler Rohstoffe in der Klemme zwischen Überkapazitäten und Nachfrageschwäche. Dies ist immer mehr auch beim Rohöl der Fall, nachdem in den letzten Jahren versucht worden war, das Angebot durch Produktionseinschränkungen zu verknappen; erfahrungsgemäß lassen sich solche Restriktionen nicht lange durchhalten.

21. Seit Mitte 1983 waren die Notenbanken der Industrieländer bestrebt, die Geldmengenexpansion zu bremsen. Bis zum Herbst 1984 wurde die Zuwachsrate der Geldmenge M1 weltweit kontinuierlich von 11 auf etwa 6 vH zurückgeführt. Kursbestimmend war dabei die amerikanische Geldpolitik, die zuvor überaus expansiv ausgerichtet war. Neben der Bundesrepublik Deutschland, die traditionell als stabilitätsorientiert gilt, waren aber auch Frankreich und Italien sehr darum bemüht, die Geldmengenexpansion gering zu halten. Eine Ausnahme bildete lediglich Großbritannien; hier wurde die Geldmenge 1984 beschleunigt ausgeweitet. Diese Politik wurde erst korrigiert, als das britische Pfund stark unter Abwertungsdruck geriet.

22. Der Tiefpunkt der monetären Expansion wurde aber - betrachtet man die Industrieländer insgesamt - im Winterhalbjahr 1984/85 durchschritten. Zwar ist die Geldmengenentwicklung nach wie vor durch kurzfristige Schwankungen gekennzeichnet; insgesamt scheint es jedoch die Absicht wichtiger Notenbanken zu sein, die wirtschaftliche Aktivität wieder stärker zu fördern. Dies gilt wohl auch für Japan, wo die Dynamik der Exporte nachläßt. Vor allem aber hat die amerikanische Notenbank betont, daß sie durch den expansiveren Kurs die konjunkturelle Abschwächung, die sich seit dem Sommer des letzten Jahres abzeichnet, auffangen will. In den letzten drei Quartalen expandierte die Geldmenge in den Vereinigten Staaten im Durchschnitt mit einer Jahresrate von rund 10 vH und damit etwa doppelt so stark wie in den ersten Monaten des Jahres 1984. Dies hat zur Folge, daß das geldpolitische Ziel für dieses Jahr, das eine Zunahme von M1 um 4 bis 7 vH vorsieht, bislang deutlich überschritten wurde.

23. Die amerikanische Notenbank verfolgte diesen Kurs, nachdem - ähnlich wie zum Beispiel in Japan - die Inflationsrate einen niedrigen Stand erreicht hatte. Trotz der expansiven Geldpolitik blieb der Dollar - nach der deutlichen Korrektur im März und April - in der Grundtendenz stark; die Notenbank sah sich also aus Wechselkursgründen nicht gedrängt, rasch wieder einen restriktiven

Kurs einzuschlagen. Dabei wäre ein etwas schwächerer Außenwert durchaus nicht unerwünscht, könnte dies doch den hohen Wettbewerbsdruck aus dem Ausland mildern. Die Notenbank wollte zudem vermeiden, daß sich die Liquiditätsschwierigkeiten im Bankensystem, die im März dieses Jahres wieder akut wurden, weiter ausweiten. In der Stimulierung der wirtschaftlichen Aktivität sieht die Notenbank offensichtlich die Möglichkeit, die realen Anpassungsprobleme der amerikanischen Wirtschaft, die sich aus dem hohen Kurs des Dollars und nicht zuletzt auch aus der andauernden Bankenkrise ergeben, wenigstens vorübergehend zu mildern.

24. Daß ein Kurswechsel in der amerikanischen Geldpolitik vorliegt, ist daran zu erkennen, daß die Notenbank nichts unternommen hat, um die seit Jahresbeginn immer deutlichere Zielüberschreitung zu korrigieren. Vielmehr hat sie sogar ein zinspolitisches Signal gesetzt, als sie den Diskontsatz im Mai dieses Jahres erneut um einen halben Punkt senkte. Wie lange die expansive Geldpolitik anhält und in welchem Maße andere Länder diesem Beispiel folgen, wird auch davon abhängen, wie stark die amerikanische Konjunktur nach den kräftigen monetären Impulsen wieder an Fahrt gewinnt und ob der Dollar trotz des vermehrten Geldangebots stark bleibt. Ein beschleunigter Rückgang des Dollarkurses wäre für die Notenbank sicherlich das Signal, sich wieder mehr auf die Stabilisierung des Preisniveaus zu konzentrieren.

Ein anhaltend hohes Tempo der Geldmengenexpansion wäre aller Erfahrung nach nicht mit einer dauerhaft niedrigen Inflationsrate vereinbar. Das Argument einiger Vertreter der amerikanischen Notenbank, die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes würde in nächster Zeit trendmäßig fallen oder nur sehr wenig steigen<sup>1</sup>, ist nicht ausreichend belegbar; darauf zu setzen, wäre für die zukünftige Stabilität nicht ohne Risiko. Daß die Notenbank das Ziel der Preisniveaustabilisierung aber nach wie vor verfolgen will, muß nach dem Verhalten in den letzten Jahren erwartet werden. Daher ist im weiteren Verlauf des Jahres wohl mit einer Korrektur zu rechnen, was auch für andere Länder den Expansionsspielraum - in deren Urteil - begrenzen würde. Aus heutiger Sicht ist deshalb nicht damit zu rechnen, daß es allgemein zu einer deutlichen Umkehr in der geldpolitischen Strategie und somit zu einer massiven Stimulierung durch viele Länder - ähnlich wie etwa 1982/83 - kommt. Von der monetären Seite her gibt es damit wohl gute Gründe für eine anhaltend feste Position des amerikanischen Dollars.

<sup>1</sup> Vgl. die Äußerungen von Preston Martin, wiederabgedr. in: Bank for International Settlements, Press Review No. 95, Basel, 16. Mai 1985.

25. Seit Anfang 1985 haben sich bei einigen Einflußfaktoren, die für die zukünftige konjunkturelle Entwicklung in den Industrieländern von Bedeutung sind, merkliche Änderungen vollzogen:

- In den Vereinigten Staaten und Japan, etwas weniger ausgeprägt in den westeuropäischen Ländern, hat sich die Geldmengenexpansion wieder beschleunigt. Die Notenbanken reagierten damit auf die konjunkturelle Abschwächung, die sie durch ihre unetliche und im Verlauf von 1984 restriktive Politik mitverursacht hatten. Die amerikanische Notenbank ließ bis zuletzt zu, daß die Geldmenge in ihrem Land weit stärker als angekündigt expandierte. Die anderen Länder folgten, wenn auch zögernd, zumal der Dollarkurs nicht mehr ganz so hoch ist wie zu Jahresbeginn.
- In nahezu allen Ländern sinken die Zinsen, sei es als Reflex auf die schwache Konjunktur und die anhaltend niedrigen Inflationsraten, sei es als Folge geldpolitischer Lockerungen und international verbreiteter Bemühungen, die Budgetdefizite zu verringern. Im Frühjahr waren die Realzinsen, gemessen an der Differenz zwischen langfristigen Nominalzinsen und dem laufenden Preisanstieg im Vorjahrsvergleich, erstmals wieder so niedrig wie im Winterhalbjahr 1982/83. Niedrigere Zinsen und rasche Geldmengenexpansion haben fast überall eine Aktienhausse begünstigt.
- In den meisten Ländern ist nicht zu erwarten, daß sich die Inflation 1985/86 wieder beschleunigt. Vor allem bei international gehandelten Gütern herrscht ein intensiver Wettbewerb, schon weil auf vielen Märkten noch in erheblichem Maß freie Kapazitäten bestehen. Dabei wird die Situation in den Industrieländern auch dadurch begünstigt, daß die Preise auf den internationalen Rohstoffmärkten, nicht zuletzt auch auf den Rohölmärkten, weiterhin unter Druck stehen. Bei wieder niedrigerem Dollarkurs verringern sich damit die externen Preisanstöße vor allem in Westeuropa und Japan.
- In einigen westeuropäischen Ländern werden 1986 steuerliche Entlastungen wirksam, wenngleich sie nur geringfügig sind im Vergleich zu dem, was notwendig wäre und was beispielsweise in den letzten Jahren in den Vereinigten Staaten realisiert wurde und gegenwärtig zusätzlich geplant ist. In den Vereinigten Staaten selbst versprechen die geplanten weiteren Steuersenkungen die Wachstumskräfte insgesamt zu stärken.

26. Diese Tendenzen bei konjunkturell wichtigen Rahmenbedingungen sprechen dafür, daß im weiteren Verlauf der Jahre 1985 und 1986 Nachfrage und Produk-



tion in den Industrieländern insgesamt wieder etwas stärker expandieren werden. Die Vereinigten Staaten werden indes nicht wie 1983/84 die Rolle der Lokomotive übernehmen, weil von der Finanzpolitik nicht erneut kräftige Impulse ausgehen werden; nach dem bisherigen Boom dürften sowohl die Unternehmensinvestitionen als auch die privaten Verbrauchsausgaben verhaltener expandieren, weil die Verschuldung auch im privaten Bereich relativ hoch geworden ist und die Steuerlast für die Unternehmen wieder zunehmen wird. Aufgrund des hohen Dollarkurses dürfte der Teil der inländischen Nachfrage, der auf ausländische Anbieter entfällt, eher noch etwas steigen; die Produktion wird daher in den Vereinigten Staaten weiterhin schwächer zunehmen als die Nachfrage.

27. In den westeuropäischen Ländern und Japan wird die wirtschaftliche Aktivität auch künftig durch den Export gestützt werden, die Impulse insbesondere aus den Vereinigten Staaten werden aber nicht mehr so stark sein wie 1983/84. Aufgrund der geldpolitischen Lockerungen, partieller Steuerentlastungen und niedrigerer Zinsen kann jedoch erwartet werden, daß die inländischen Expansionskräfte etwas kräftiger werden. Die Investitionen werden - anders als bisher - nicht nur in jenen Bereichen, die vom Export profitierten, zunehmen; bei leicht steigender Beschäftigung dürfte sich dabei auch der private Verbrauch beleben. Dies würde bedeuten, daß sich die bisher so ausgeprägte branchenmäßige Differenzierung in Westeuropa und Japan verringert.

28. Diese Tendenzen dürften dazu führen, daß das reale Bruttosozialprodukt in den Vereinigten Staaten 1985 und 1986 um etwa 3 vH und damit immer noch etwas stärker zunehmen wird als in Westeuropa. Für Japan zeichnet sich in beiden Jahren mit 4 bis 5 vH eine wesentlich höhere Zuwachsrate ab. Bei dieser Produktionsentwicklung wird die Arbeitslosigkeit wohl nur wenig abnehmen, in Westeuropa mithin sehr viel höher bleiben als in den Vereinigten Staaten und Japan. Der Preisanstieg dürfte wohl nur in wenigen Ländern noch etwas zurückgehen.

29. Die Wirtschaftspolitik dürfte weiterhin prinzipiell dadurch gekennzeichnet sein, daß sie weltweit synchron betrieben wird - und zwar in der Weise, daß das wirtschaftspolitische Handeln jeweils an dem am meisten verfehlten Ziel ausgerichtet wird (Stop-and-go-Politik). Für die Synchronisierung spricht schon, daß die Märkte zur Formulierung der Wirtschaftspolitik eng miteinander verweben sind; diese Verflechtung hat nach der Institutionalisierung der sogenannten Wirtschaftsgipfel noch zugenommen. Hingegen wird nicht erwartet, daß sich neokonservative Strömungen in der Geld-, Finanz- und Ordnungspolitik entscheidend durchsetzen.

30. Die Erwartung weltweit synchroner Wirtschaftspolitik bedeutet nicht, daß die Wirtschaftspolitik konvergiert, die Standards für die einzelnen Ziele sich also annähern oder sogar gleich werden. Vielmehr wird für das gesamte Jahrzehnt eine Divergenz der Inflationsraten zwischen der Bundesrepublik Deutschland einerseits und den übrigen Industrieländern andererseits für wahrscheinlich gehalten, die nur etwas geringer als jene der 70er Jahre ist.

31. Eine solche Vorstellung impliziert, daß - sollen massive Verwerfungen der internationalen Wettbewerbslage vermieden werden - entsprechende Wechselkursanpassungen erfolgen. Während dem im Verhältnis zu Nicht-EWS-Währungen keine prinzipiellen Hindernisse im Weg stehen, liegt die Vermutung nahe, daß die D-Mark gegenüber den EWS-Währungen nicht die dazu erforderliche Beweglichkeit besitzt. Aufgrund der Erfahrungen mit regionalen Fixkursregelungen in den 70er Jahren und den bisherigen Erfahrungen mit dem EWS und wegen der Tatsache, daß eine umfassende Kapitalverkehrskontrolle weder wahrscheinlich ist noch - falls eingeführt - effektiv wäre, wird erwartet, daß wettbewerbsneutrale DM-Aufwertungen auch im EWS - falls es bestehen bleibt - nicht entscheidend behindert sein werden. Trotz institutioneller Hemmnisse für DM-Aufwertungen innerhalb des EWS wird also eine markante Unterbewertung der DM nicht erwartet. Der reale Wechselkurs (deflationiert mit dem Konsumentenpreisindex) dürfte somit im Durchschnitt der 80er Jahre konstant bleiben. Eine Konstanz des realen Wechselkurses läßt sich auch für die letzten 20 Jahre in etwa feststellen.

32. Weniger verläßlich erscheint die der Prognose zugrundeliegende Annahme, daß protektionistische Maßnahmen in den 80er Jahren trendmäßig nicht nennenswert zunehmen. Von zyklischen Bewegungen einmal abgesehen - in der gegenwärtigen Rezession hat die Protektion bereits zugenommen - besteht die Gefahr, daß das in vielen Industrieländern zunehmende Arbeitskräfteangebot bei unzureichender Reallohnflexibilität zu steigender Arbeitslosigkeit führt und daß es dann tendenziell zu einer Abschottung gegen ausländische Konkurrenz kommt.

33. Da in vielen Industrieländern - allerdings nicht in den USA - geburtenstarke Jahrgänge bis über die Jahrzehntmitte hinaus ins Erwerbsleben drängen, ist im Arbeitskräfteangebot kaum ein Engpaß für künftig höhere Wachstumsraten zu sehen. In allen Industrieländern hat sich aber das Bevölkerungswachstum stark vermindert, in einigen Ländern nimmt die Bevölkerung ab. Daher dürfte deren inländische Nachfrage - mindestens in einer Reihe von Bereichen - relativ abgeschwächt verlaufen. Da jene Regionen, in denen die demographische Entwicklung eher umgekehrt verläuft, ohnehin kaum Finanzierungsspielräume für eine Nachfrageausweitung besitzen und dieser geringe Spielraum nach der Ölpreiser-

höhung und der massiven Ausweitung ihrer Verschuldung während der letzten Jahre weitgehend ausgeschöpft erscheint, liegt es nahe, bei der erwarteten Wirtschaftspolitik weltweit ein nur geringes wirtschaftliches Wachstum zu prognostizieren.

## II. Nationale Wirtschaftspolitik

### a) Geldpolitik

34. Es ist zu erwarten, daß die Deutsche Bundesbank wie in der Vergangenheit der Stabilität des Preisniveaus eine hohe Priorität einräumen wird. So wird die Bundesbank wohl insbesondere nicht zulassen, daß die Inflationsrate, gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, über einen längeren Zeitraum mehr als 5 vH betragen wird. Diese Prognose stützt sich auf die Erfahrungen der letzten zehn Jahre. Im Jahre 1973 war die Inflationsbeschleunigung auf Raten von etwa 7 vH der Anlaß zu einer drastisch restriktiven Geldpolitik. Im Frühjahr 1979 war die Inflationsbeschleunigung auf mehr als 5 vH für die Bundesbank wieder das Signal, von einer Politik der Nachfragestimulierung auf eine Politik der Inflationsbekämpfung umzuschalten.

35. Wenn hingegen die Inflationsrate gering ist und Wachstum und Beschäftigung gefährdet erscheinen, dürfte die Bundesbank wie in der Vergangenheit eine Politik der Nachfragestimulierung betreiben. Die letzten Beispiele für diese Verhaltensweise sind die Lockerung der Geldpolitik 1977/78 und 1983. Für das Jahr 1986 wird eine - freilich moderate - Beschleunigung der Geldmengenausweitung für wahrscheinlich gehalten.

36. Die Geldpolitik wurde in Stop-and-go-Manier betrieben, obwohl seit Mitte der 70er Jahre Geldmengenziele für die Zentralbankmenge in der Abgrenzung der Bundesbank angekündigt werden. Es erscheint wenig wahrscheinlich, daß die Bundesbank in Zukunft ein bestimmtes Geldmengenziel ohne Nebenbedingungen ansteuern wird. Es scheint vielmehr - insbesondere nach den geldpolitischen Diskussionen und Maßnahmen seit Beginn der 80er Jahre - fast sicher, daß auch künftig Zins- und Wechselkursziele bei geldpolitischen Entscheidungen eine Rolle spielen werden<sup>1</sup>. Da diese Ziele nicht gleichzeitig erreicht werden

<sup>1</sup> Die geldpolitische Strategie der Deutschen Bundesbank umreißt Schlesinger folgendermaßen: "Which economic facts should be used as a basis when fixing the monetary growth rate? Our answer to this question is pragmatic; that is, it depends on economic conditions at the time the target is formulated and those expected for the year ahead... In other words, we ... do not consider

können und die Ziele in unterschiedlichem Ausmaß verfehlt sein werden, dürfte die Geldmengenexpansion auch in den 80er Jahren nicht stetig verlaufen. Freilich sprechen aus heutiger Sicht mehr Argumente für eine weniger ausgeprägte zyklische Schwankung der Geldpolitik.

37. Die Beobachtung der Vergangenheit kann eine quantitative Grundvorstellung über die künftige Geldmengenexpansion vermitteln. Im Durchschnitt der 60er Jahre betrug die Expansionsrate der Geldmenge  $M_1$  7,5 vH (Schaubild 1). Die Schwankungen der Zuwachsraten waren außer 1961/62 und 1966/67 relativ gering, jedenfalls geringer als in der ersten Hälfte der 70er Jahre, als auf zweistellige Raten in den Jahren 1971 und 1972 der scharfe Bremskurs 1973/74 folgte. In den Jahren 1975/76 kam es wieder zu einer kräftigen monetären Expansion, die jener der Jahre 1971/72 - bei Inflationsraten von jeweils rd. 5 vH - in etwa gleich war.

38. Das Muster der frühen 70er Jahre läßt sich auch noch zu Beginn der 80er Jahre beobachten. Dies überrascht insofern, als doch seit 1974 Geldmengenziele verkündet werden und eigentlich beabsichtigt war, eine Politik der stetigen monetären Expansion zu betreiben. Diese war zwar in Form von Zielgrößen für die Zentralbankgeldmenge formuliert, aber das Urteil einer un stetigen Geldversorgung ändert sich nur wenig, wenn man die Entwicklung der Zentralbankgeldmenge in der Abgrenzung der Bundesbank betrachtet. Zwar sind die Schwankungen wegen der "umfassenderen" Definition der Zentralbankgeldmenge geringer, die jahresdurchschnittlichen Veränderungsrate schwanken aber dennoch zwischen 6 vH (1974) und 5 vH (1980) einerseits und mehr als 11 vH (1978) andererseits (Tabelle 1). Von einer stetigen Geldmengenpolitik seit 1975 kann also nicht die Rede sein. Die Geldpolitik der letzten Jahre muß sogar als weniger stetig als jene der 60er Jahre charakterisiert werden. Die durchschnittliche (absolut gemessene) Abweichung der Vorjahres-Veränderungsrate der Zentralbankgeldmenge von der durchschnittlichen Veränderungsrate beträgt für die 60er Jahre 1,1, für die Periode 1970 bis 1974 2,0 und für den Zeitraum 1974 bis 1980 1,5. Nach 1980 verminderte sich die Abweichung weiter.

---

it possible to disregard the position of the economy in the cycle and to release monetary policy from its anticyclical function. On the other hand, monetary policy must no longer see itself exclusively as an instrument of anticyclical action: it must attach more importance than it used to to medium term aspects ..." Vgl. Schlesinger, Helmut, Recent experiences with monetary policy in the Federal Republic of Germany, Beihefte zu Kredit und Kapital, Heft 5, Inflation, Unemployment and Monetary Control, edited by Karl Brunner and Manfred J.M. Neumann, Berlin 1979, S. 303-320, hier S. 309-310. Vgl. auch Schlesinger, Helmut, Die Geldmengenpolitik der Bundesbank, Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 1983.

Schaubild 1

### Geldmenge M1

Veränderung der Jahresdurchschnittswerte und durchschnittliche Veränderung in einem Zeitraum von jeweils fünf Jahren

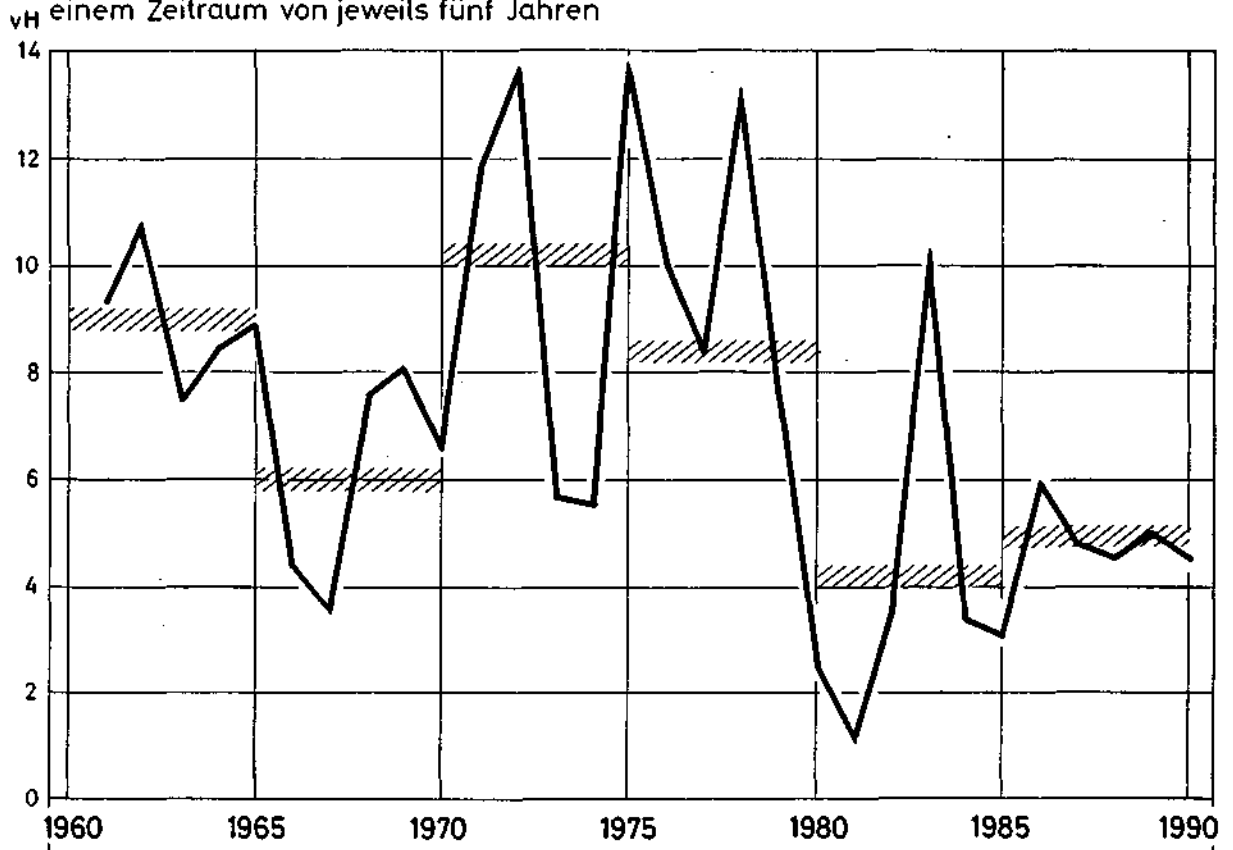


Tabelle 1 - Indikatoren zur Geldpolitik

Zeitraum	M <sub>1</sub> <sup>a</sup>	Umlaufrendite festverzinsli- cher Wertpapiere	Zentral- bankgeld- menge <sup>a</sup>	Wechsel- kurs DM/US-\$
1960		6,3	.	4,17
1961	9,3	5,9	.	4,02
1962	10,8	6,0	9,7	4,00
1963	7,4	6,1	7,9	3,99
1964	8,4	6,2	8,1	3,97
1965	8,9	6,8	9,6	3,99
1966	4,3	7,8	7,1	4,00
1967	3,5	7,0	5,2	3,99
1968	7,6	6,7	7,6	3,99
1969	8,1	7,0	10,6	3,92
1970	6,5	8,2	7,3	3,65
1971	11,9	8,2	10,4	3,48
1972	13,7	8,2	12,6	3,19
1973	5,7	9,5	10,6	2,66
1974	5,5	10,6	6,1	2,59
1975	13,8	8,7	7,8	2,46
1976	10,4	8,0	9,2	2,52
1977	8,3	6,4	9,0	2,32
1978	13,3	6,1	11,4	2,01
1979	7,5	7,6	9,1	1,83
1980	2,4	8,6	4,8	1,82
1981	1,1	10,6	4,4	2,26
1982	3,6	9,1	4,9	2,43
1983	10,3	8,0	7,3	2,56
1984	3,3	7,8	4,8	2,85
1985	3,1	6,8	4,1	3,00
1986	6,0	6,0	5,0	2,68
1987	4,8	6,2	4,5	2,60
1988	4,5	6,5	4,0	2,50
1989	5,0	6,5	4,5	2,50
1990	4,5	6,8	4,0	2,50
1961-1965	9,0	6,2	8,8	4,00
1966-1970	6,0	7,3	7,6	3,91
1971-1975	10,2	9,0	9,5	2,88
1975-1980	8,4	7,3	8,7	2,10
1981-1985	4,2	8,5	5,1	2,62
1986-1990	5,0	6,3	4,4	2,56

<sup>a</sup>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

39. In der Prognose für die zweite Hälfte der 80er Jahre wird eine Geldpolitik zugrundegelegt, die auf den jeweiligen Grad der Erreichung der wirtschaftspolitischen Ziele mit antizyklischer Ausrichtung reagiert (policy reaction function). Schaubild 1 verdeutlicht die erwartete Entwicklung der Geldmenge in der Abgrenzung  $M_1$ ; in Tabelle 1 sind die Veränderungsraten der Geldmenge  $M_1$  sowie die erwartete Zins- und Wechselkursentwicklung dargestellt.

#### b) Finanzpolitik

40. Die Ausgaben des Staates (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) expandierten bis Mitte der 70er Jahre sehr kräftig. Die Käufe von Gütern und Diensten, also Staatsverbrauch und staatliche Investitionen, in Preisen von 1980 nahmen von 1960 bis 1975 durchschnittlich um rd. 4 1/2 vH zu. Dies reflektiert die kräftig gestiegenen Ausgaben für den Ausbau der Infrastruktur, für den Aufbau der Bundeswehr und für Sachleistungen im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung. Wesentlich war zudem die außerordentlich kräftige Aufstockung des Personalbestandes im öffentlichen Dienst. Die Zahl der Erwerbstätigen im Staatssektor nahm von 1960 bis 1975 um 1,48 Millionen Beschäftigte zu und damit um jahresdurchschnittlich 3,6 vH. In den letzten Jahren schwächte sich die Expansion der Käufe des Staates beträchtlich ab; die durchschnittliche Zunahme für den Zeitraum 1975 bis 1980 war nur noch halb so hoch wie von 1960 bis 1975; die Verlangsamung bei der staatlichen Investitionstätigkeit war noch stärker. Für die staatlichen Transferleistungen gilt prinzipiell Ähnliches. Den hohen Zuwachsraten im Zeitraum 1960 bis 1975 folgte eine deutliche Abflachung der Expansion. Dieser Prozess wurde zu Anfang der 80er Jahre insbesondere wegen des Anstiegs der Arbeitslosigkeit unterbrochen.

41. In den nächsten Jahren werden die staatlichen Käufe wahrscheinlich nur relativ wenig steigen. Die noch immer hohen Staatsdefizite, die als zinstreibend und wachstumshemmend betrachtet werden, und die damit einhergehende Neigung zur "Konsolidierung" sprechen jedenfalls dafür. Aus demselben Grund dürften die staatlichen Transfers bei weitem nicht mehr so stark wie bis zum Beginn der 80er Jahre expandieren. Eine - auch im Vergleich zur zweiten Hälfte der 70er Jahre - schwächere Ausgabenexpansion ist auch insofern wahrscheinlich, als häufiger als in der Vergangenheit Steuerentlastungen im Interesse der Förderung der Leistungs- und Investitionsbereitschaft zu erwarten sind und als die staatlichen Instanzen stärker als in der Vergangenheit versuchen dürften, die damit in der ersten Runde verbundene Defizitauseitung in Grenzen zu halten.

42. Im einzelnen wird für wahrscheinlich gehalten, daß die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die von 1980 bis 1985 um 0,2 vH je Jahr gestiegen ist, von 1985 bis 1990 um 0,5 vH je Jahr zunehmen wird. Für den realen Staatsverbrauch wird - bei geringen konjunkturellen Schwankungen - ein Anstieg um durchschnittlich 1,1 vH in der ersten Hälfte und 2,2 vH in der zweiten Hälfte der 80er Jahre erwartet. Aufgrund der Änderungen in der Bevölkerungsstruktur sind rückläufige Investitionen in den Bereichen Kindergärten, Schul- und Hochschulbau einzukalkulieren; kompensierende Maßnahmen etwa in den Bereichen des Krankenhausbaus, der Freizeiteinrichtungen oder des Verkehrsstraßenbaus sind wegen der angespannten Finanzlage des Staates wenig wahrscheinlich, eher dürften auch diese Bereiche zur Abschwächung des Ausgabenanstiegs - im Vergleich zur Vergangenheit - beitragen. Dies bedeutet, daß der Anteil der Investitionen an den Staatsausgaben abnehmen wird, denn trotz der zu erwartenden weiteren Kürzungsmaßnahmen bei den Transfers an Haushalte und bei den Subventionen an Unternehmen dürften auch die realen staatlichen Transfers etwas stärker zunehmen als die realen Investitionsausgaben. Der Anteil der Staatsausgaben am Bruttosozialprodukt dürfte von 48,0 vH im Jahre 1980 auf etwa 45,5 vH im Jahre 1990 abnehmen, damit aber immer noch um rund 7 Prozentpunkte über dem Wert für 1970 liegen (Schaubild 2).

43. Hinsichtlich der Steuerpolitik wird erwartet, daß es regelmäßig - etwa alle zwei Jahre - zu Steuerentlastungen kommen wird, mit denen die inflationsbedingte Progressionswirkung des Steuersystems kompensiert und damit - für sich betrachtet - die Steuerquote mittelfristig in etwa konstant gehalten wird. Auch wird für wahrscheinlich gehalten, daß das Gewicht der direkten Steuern zugunsten der indirekten Steuern verringert wird. Konkret bedeutet dies Entlastungen bei der Einkommensteuer und Belastungen bei der Mehrwertsteuer und bei speziellen Verbrauchsteuern.

#### c) 80er Jahre: Renaissance der Ordnungspolitik?

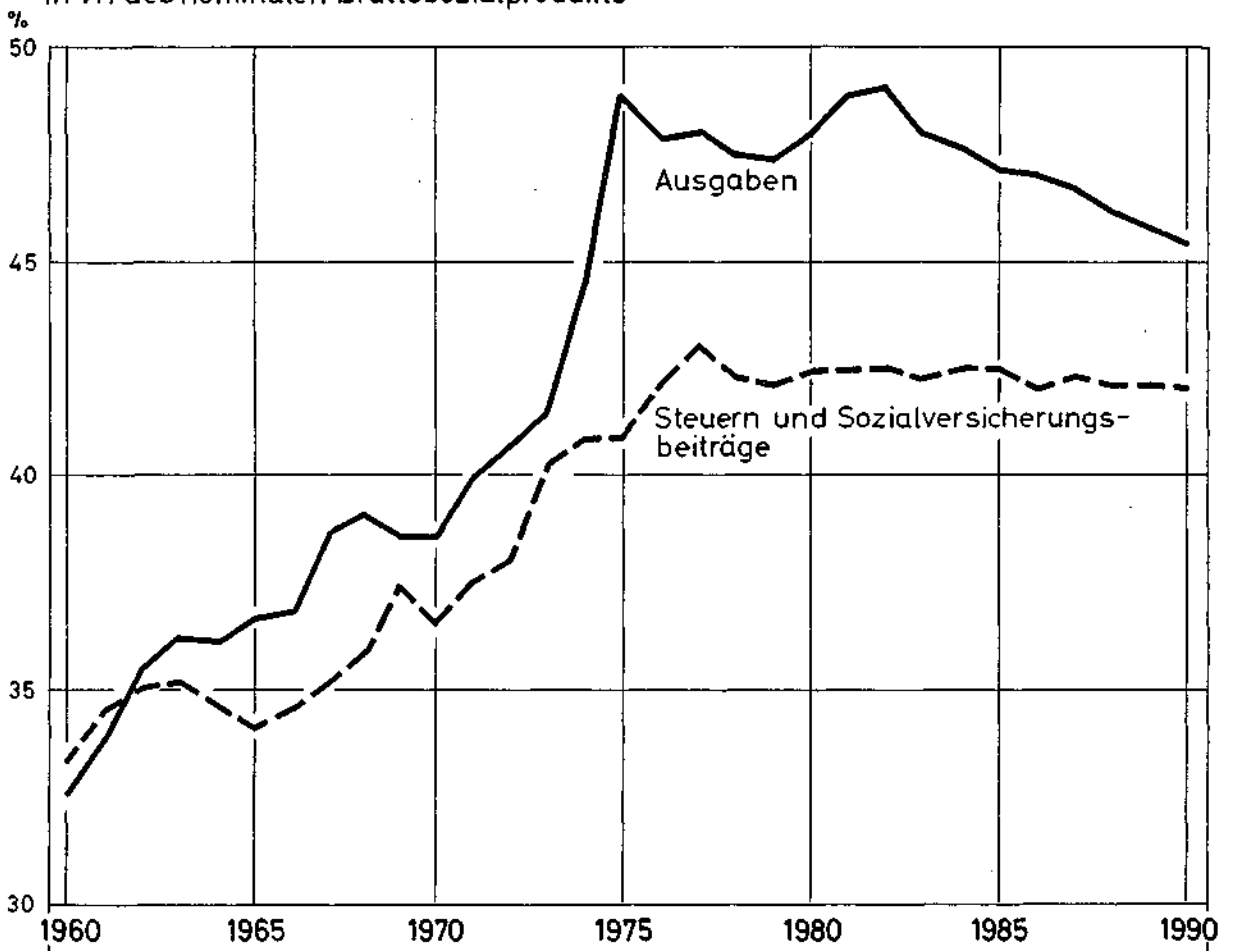
44. Eine ordnungspolitische Debatte hat es in der Bundesrepublik Deutschland nur in dem sehr kurzen Zeitraum zwischen Kriegsende und Gründung der Republik gegeben. Danach wurde durch Ludwig Erhards mutige Entscheidung sowie durch das Grundgesetz und das Bundesbankgesetz der ordnungspolitische Rahmen festgelegt. Wichtige Wegmarken zu mehr Marktwirtschaft waren die Verabschiedung des Kartellgesetzes (1957), die Einführung der Konvertibilität (1958) und die Freigabe der Wechselkurse (1971 bzw. 1973). Das mit dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz eingeleitete keynesianische Intermezzo war ebensowenig



Schaubild 2

## Staatsausgaben und Abgaben (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge)

In vH des nominalen Bruttosozialprodukts



trendbildend wie der größere struktur- und verteilungspolitische Eifer der frühen 70er Jahre.

45. Die gesamtwirtschaftlich schädlichen Wirkungen einer Politik der guten Absichten sind inzwischen in vielen Bereichen (Wohnungsbaupolitik, Arbeitsmarktpolitik, Regionalpolitik) deutlich geworden. Gegen eine wieder stärkere marktwirtschaftliche Orientierung in den 80er Jahren spricht freilich folgende Überlegung: Die Gruppen, die sich durch eine ausgeprägt antimarktwirtschaftliche Haltung auszeichnen, haben sich in den letzten Jahren deutlich stärker artikuliert. Dabei verbinden sich marxistische, religiöse und umweltbewußte Strömungen miteinander. Diese Bewegung könnte deshalb steigende Bedeutung erlangen, weil der heutige Mittelteil der Alterspyramide seine Ausbildung in einer Zeit erhalten hat, in der existenzielle Gefährdungen nicht erkennbar waren, und weil damit ideologische Fehlentwicklungen nicht korrigiert wurden. Dies hat insbesondere Wirkungen auf den Arbeitsmarkt. Dort hat sich eine Anspruchshaltung entwickelt, die bei den sozialen Regelungen zu einer massiven Diskrepanz zwischen In- und Ausland geführt hat. Arbeitszeit und Pausenregelung, Länge des Urlaubs, Regelungen im Krankheitsfall, Kündigungsschutz, Regelungen der Lebensarbeitszeit liegen - zusammen betrachtet - so entscheidend über dem internationalen Niveau, daß schon heute die berufliche und die räumliche Mobilität hierzulande weit geringer sind als andernorts und als angesichts der Herausforderungen nötig wäre.

46. Die Herausforderung durch jene, die in den 80er Jahren neu ins Erwerbsleben drängen, wird die closed-shop-Mentalität der Tarifvertragsparteien aufbrechen; dies umso mehr, als angesichts der Finanzlage des Staates und der eher zurückgehenden Nachfrage nach Staatsleistungen (schulische und berufliche Ausbildung, Verkehrswesen etc.) die Zahl der im öffentlichen Dienst Beschäftigten nur noch wenig zunehmen dürfte, der Staat also als Anbieter von Arbeitsplätzen an Bedeutung verlieren wird. Die Selbständigkeit im Berufsleben wird damit zwangsläufig als zunehmend wichtige Alternative erscheinen. Die Relation der Zahl der Selbständigen zu der Zahl der abhängig Beschäftigten dürfte sich eher zugunsten der Selbständigen verschieben. Dies wird wohl Einfluß auf die Wirtschaftspolitik haben. Eine marktwirtschaftlich orientierte Ordnungspolitik - zumal beim existierenden Verdruß über Bürokratien - dürfte dadurch begünstigt werden. Zu einer mehr marktwirtschaftlich ausgerichteten Politik mag es auch deshalb kommen, weil sich die Wirtschaftspolitik der USA grundsätzlich umorientiert hat und weil versucht werden könnte, diese Politik - wenn auch mit Einschränkungen - nachzuahmen. Insgesamt wird die marktwirt-

schaftliche Politik in den 80er Jahren wohl eine gewisse Renaissance erleben. Dies dürfte praktisch unabhängig davon gelten, welche Partei bzw. welche Parteien die Regierung stellt beziehungsweise stellen.

### III. Verhalten der Tarifpartner

47. Die Tarifabschlüsse dürften in den 80er Jahren unter dem Zwang der Verhältnisse am Arbeitsmarkt von Zurückhaltung geprägt sein. Damit wäre die Entwicklung eher jener in den 50er und 60er Jahren als jener in den 70er Jahren vergleichbar. Die demographische Entwicklung, insbesondere das bis gegen Ende der 80er Jahre deutlich zunehmende Arbeitskräftepotential, und der gegenwärtig hohe Bestand an registrierten und nicht registrierten Arbeitslosen sprechen jedenfalls für eine relativ schwache Verhandlungsposition der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften. Da der Lohn und die Lohnnebenkosten vergleichsweise hoch sind, ist kaum zu erwarten, daß die Unternehmen in den nächsten Jahren auf arbeitsintensivere Produktionsverfahren umstellen, damit die Arbeitskräftenachfrage verstärken und somit einen gegenläufigen Effekt ausüben werden; dies wird umso weniger der Fall sein, als sich die Entwicklung beim Arbeitskräftepotential gegen Ende des Jahrzehnts umkehren wird und dies allgemein bekannt ist. Der Reallohnanstieg wird wahrscheinlich nachhaltig - wenn auch nur in begrenztem Maße - hinter der Zunahme des verteilbaren Produktivitätsfortschritts zurückbleiben.

48. Kaum Einsicht in marktwirtschaftliche Funktionszusammenhänge scheint es hinsichtlich des Problems der Anpassung der Reallohnstruktur an die Produktivitätsstruktur der Beschäftigten zu geben. Nicht über bewußte Tariflohndifferenzierung entsprechend den relativen Knappheiten, sondern über die Lohn drift in Phasen günstiger konjunktureller Entwicklung dürfte aber eine gewisse Effektivlohndifferenzierung zustandekommen. Herabsetzungen bei den Eingangsgelältern signalisieren eine gewisse Anpassungsfähigkeit der Beteiligten.

49. Die gewerkschaftlichen Bestrebungen dürften angesichts der hohen Arbeitslosigkeit weiter darauf abzielen, die Arbeitszeit zu verkürzen. Die Entscheidungsalternative wird in den kommenden Jahren aber eher lauten "Erhalt des gegenwärtigen Reallohns oder mehr Freizeit" als "höherer Reallohnanstieg oder mehr Freizeit". Ein nicht sinkendes Realeinkommen wird wohl von der Mehrzahl der Arbeitnehmer zunehmend höher eingeschätzt werden als mehr Freizeit. Auch in der zweiten Hälfte der 80er Jahre wird es für bestimmte Personengruppen aufgrund verlängerten Urlaubs oder infolge vorgezogenen Renteneintrittalters

eine begrenzte Arbeitszeitverkürzung geben; in manchen Branchen sind entsprechende Regelungen bereits tarifvertraglich vereinbart. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten dürfte weiter steigen; dabei sind auch Ansätze zu einem "job-sharing" zu erwarten. Die Arbeitszeit je Erwerbstätigen, sei er teil- oder vollzeitbeschäftigt, wird jedoch insgesamt kaum im Tempo der 60er und 70er Jahre abnehmen. Der Wunsch nach höherem Realeinkommen und die (unerwünschte) Vermehrung der Freizeit werden zu einer anhaltenden Ausweitung der Schattenwirtschaft führen.

50. Die Tariflöhne je Stunde dürften im Durchschnitt der 80er Jahre um 4 vH zunehmen. Von 1970 bis 1980 hatte der durchschnittliche Anstieg je Jahr 8,6 vH betragen. Zu berücksichtigen ist freilich, daß die Inflationsrate in den 70er Jahren 5,1 vH betragen hat, während im Rahmen dieser Prognose für die 80er Jahre ein Anstieg um 3 bis 3,5 vH erwartet wird. Der "reale" Tariflohnanstieg wäre damit im laufenden Jahrzehnt um rd. 2,5 Prozentpunkte geringer als in den 70er Jahren.

#### D. Die wahrscheinliche Entwicklung

##### I. Die gegenwärtige konjunkturelle Lage und die Aussichten für 1986<sup>1</sup>

51. Die Wirtschaft der Bundesrepublik expandiert seit Ende 1982. Das reale Sozialprodukt nimmt seitdem mit einer durchschnittlichen Jahresrate von 2,5 vH zu. Das Tempo der Erholung schwankte allerdings beträchtlich. Besonders verzerrend wirkten der Streik im zweiten Quartal 1984 und der strenge Winter Anfang 1985. Beide Ereignisse führten zu entsprechenden Nachholeffekten. Die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung wurde von einer finanz- und geldpolitisch induzierten Ausweitung der Ausrüstungs- und Bauinvestitionen eingeleitet. Seit Mitte 1983 kommen die entscheidenden Impulse vom Export.

In den letzten Quartalen hat sich die Investitionstätigkeit kräftig verstärkt. Angesichts der erratischen Entwicklung von Auftragseingängen und Investitionstätigkeit im Verlauf der letzten Jahre ist jedoch ein abschließendes Urteil darüber, ob nun eine eigenständige Investitionskonjunktur in Gang gekommen ist, noch nicht möglich.

<sup>1</sup> Für die Ziffern 51 bis 59 vgl. Kieler Diskussionsbeitrag Nr. 111, Kiel, September 1985, S. 22-30.

52. Auch nach fast drei Jahren wirtschaftlicher Erholung sind die Impulse noch nicht auf die nachhinkenden Sektoren überggesprungen; die Konjunktur blieb gespalten. Da die Auslandsnachfrage wichtigste Konjunkturstütze ist, konzentriert sich die Besserung auf den international orientierten Sektor, das heißt im wesentlichen auf die Industrie. Ungünstig ist die Lage für Branchen, die hauptsächlich für den heimischen Markt tätig sind. Insbesondere die Bauwirtschaft befindet sich in einer strukturellen Krise. Aber auch Handwerk, Handel und Landwirtschaft nehmen kaum an der Besserung teil.

53. Aufgrund der günstigen Entwicklung von Nachfrage und Produktion und ersten Anzeichen für einen Rückgang der Zahl der Arbeitslosen im zweiten Halbjahr 1984 erwarteten die meisten Beobachter eine nennenswerte Besserung am Arbeitsmarkt im Jahr 1985. Die Kurzarbeit nahm erwartungsgemäß ab, die Zahl der Beschäftigten stieg, wenngleich weniger als angenommen. Die Zahl der Arbeitslosen aber erhöhte sich im ersten Halbjahr um etwa 75 000 (saisonbereinigt). Überraschend war, daß nur geringe Bereitschaft bestand, die Möglichkeit des Vorruhestands in Anspruch zu nehmen. Auch ist der gegenwärtige "product-mix" stärker industrieorientiert. Damit ist die durchschnittliche Arbeitsintensität der Produktion wohl zurückgegangen. Dies manifestiert sich in dem starken Beschäftigungsabbau der Bauwirtschaft und dem im Vergleich zur Produktionszunahme geringen Anstieg der Beschäftigung in der Verarbeitenden Industrie. Die insgesamt enttäuschende Arbeitsmarktentwicklung hat zu heftigen und hektischen Reaktionen der Wirtschaftspolitiker geführt. So wurden zusätzliche Arbeitsbeschaffungs- und Qualifizierungsmaßnahmen erörtert, obwohl die bislang vorgesehenen Mittel dafür nicht abgerufen wurden; auch die Debatte um die Beschäftigungsgarantie beim Erziehungsurlaub und die Beschränkung der Überstunden signalisieren eine Abkehr von der marktwirtschaftlichen Orientierung.

54. Die internationale Rahmenbedingung für eine Verminderung der Inflationsrate wurde durch die weltweit zurückhaltende Geldmengenexpansion der letzten Jahre bestimmt. Der relativ starke Dollar hat lange Zeit verhindert, daß die internationale Inflationsberuhigung voll auf das deutsche Preisniveau durchschlug. Seit Frühjahr 1985 verstärkt die Dollarabwertung den binnenwirtschaftlichen Stabilisierungsprozeß. Ebenfalls begünstigt wird die Abschwächung des Preisanstiegs durch den Rückgang der Rohstoffpreise, insbesondere bei Mineralöl. Dies hat bei Brenn- und Kraftstoffen bereits zu merklichen Preissenkungen auf der Verbraucherstufe geführt. Die zuvor hohe Teuerungsrate bei saisonabhängigen Nahrungsmitteln hat sich unter dem Einfluß eines reichlichen Angebots beträchtlich zurückgebildet. Seit etwa einem halben Jahr hat sich das

Verbraucherpreisniveau nicht mehr erhöht; im Vorjahresvergleich lag die Preissteigerungsrate im Sommer bei reichlich 2 vH.

55. Die wirtschaftlichen Tendenzen für die kommenden Quartale sind durch die angelegten endogenen Prozesse und die geld- und finanzpolitischen Entscheidungen, die bereits getroffen und wirksam sind, weitgehend bestimmt. Wie es wirtschaftlich im Verlauf des Jahres 1986 weitergeht, hängt dagegen vom künftigen Kurs der Geld-, Finanz- und Lohnpolitik ab. Daneben spielt freilich die internationale Konjunktorentwicklung eine wichtige Rolle.

56. Für die Prognose werden folgende Annahmen gemacht:

- Die Geldpolitik, die bis zum Sommer 1985 eher ein wenig restriktiv war, wird aufgrund der stärkeren D-Mark, weitgehender Preisniveaustabilität, relativ schwacher Expansion der Inlandsnachfrage und notorisch hoher Arbeitslosigkeit in der Prognoseperiode eine etwas höhere Geldmengenausweitung zulassen. Nominal- und Realzinsen dürften bis in das Jahr 1986 wohl leicht sinken.
- Die Finanzpolitik entspricht im wesentlichen den Haushaltsplänen. Auf der Einnahmenseite materialisieren sich allerdings Risiken (Preisanstieg unerwartet niedrig); einige Ausgaben dürften höher ausfallen als geplant (Zahlungen an die EG, Hilfszahlungen an strukturschwache Sektoren). Marktwirtschaftlich orientierte Reformen bei Subventionen und Sozialgesetzen, bei der Arbeitsmarktpolitik und im Arbeitsrecht dürften nicht vorankommen.
- In den Tarifabschlüssen dürften die Lohnerhöhungen eine bedeutend größere Rolle spielen, die Arbeitszeitverkürzung eine geringere. Die Tarifierhebung wird wohl rd. 3 vH betragen.
- Das Tempo der internationalen Besserung bleibt moderat. Das Konjunkturgefälle zu den USA ebnet sich ein. Der Dollar wertet sich leicht ab, die Terms of Trade verbessern sich merklich.

57. Der Anstieg von Nachfrage und Produktion, der nunmehr seit reichlich zweieinhalb Jahren zu beobachten ist, dürfte im weiteren Verlauf dieses Jahres und 1986 anhalten. Das Tempo der Aufwärtsbewegung - die gesamtwirtschaftliche Produktion stieg um 2,5 vH je Jahr - wird sich wohl nicht wesentlich verändern. Hingegen wird sich die Struktur der Nachfrage wandeln: Die Exporte dürften bei schwächerer US-Konjunktur und - aufgrund der D-Mark-Aufwertung - eher leicht ungünstigerer Wettbewerbslage deutscher Produzenten nur noch abgeschwächt steigen. Die Investitionstätigkeit wird nach der dynamischen

Aufwärtsentwicklung in der Industrie im Verlauf dieses Jahres ebenfalls geringere Zuwachsraten aufweisen. Steuerentlastung, höhere Lohnsteigerung und niedrige Zinsen lassen hingegen eine Belebung der Verbrauchsnachfrage erwarten. Belastend wirken hier möglicherweise die offenkundig ungebremst steigenden Krankheitskosten, die wahrscheinlich zu einer Erhöhung der Beitragssätze zur Krankenversicherung führen werden. Die Bautätigkeit dürfte nach dem Einbruch im Jahr 1985 durch steuerliche und geldpolitische Einflüsse gestützt werden und wohl 1986 nicht erneut zurückgehen.

58. Bei einer konjunkturellen Expansion, die voraussichtlich etwas stärker sein wird als das Potentialwachstum, kann damit gerechnet werden, daß die Zahl der Beschäftigten weiter leicht steigt. Eine Ausweitung um 1 vH ist indes bei den vorliegenden Gegebenheiten (Arbeitskosten, Schwerpunkte der Expansion in kapitalintensiven Bereichen, Rigiditäten am Arbeitsmarkt) eher als Obergrenze anzusehen. Damit ist wohl - wegen des anhaltenden Anstiegs des Arbeitskräftepotentials - auch 1986 mit einer kaum verminderten Arbeitslosigkeit zu rechnen. Die Erwartungen, die mancherorts auf die Einführung des Erziehungsurlaubs in bezug auf befristete Neueinstellungen gesetzt werden, erscheinen überzogen. Inwieweit mit Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik, insbesondere mit Maßnahmen der Um- und Höherqualifizierung die Zahl der registrierten Arbeitslosen (zeitweise) vermindert werden wird, ist schwer abzuschätzen.

59. Die seit Beginn der 80er Jahre insgesamt restriktive Geldpolitik - die durchschnittliche jährliche Expansion von M1 lag mit weniger als 4 vH etwa halb so hoch wie in den 70er Jahren - hat zu erheblichen Verhaltensänderungen bei jenen geführt, die Preise und Kosten festlegen. Da 1985 auch die internationalen Bedingungen für eine Preisberuhigung in der Bundesrepublik günstiger wurden, ist die Ausgangslage für eine sehr niedrige Preissteigerungsrate gut. Bei der skizzierten Konjunktorentwicklung dürfte es in kaum einem Bereich Engpässe geben. Lediglich von der Lohnkostenseite sind Anstöße für Preiserhöhungen nicht ganz auszuschließen. Freilich ist nicht nur das Risiko eines wieder leicht anziehenden Kostendrucks vorhanden. Ebenso möglich wäre eine nochmalige Verminderung der Preissteigerungsrate, falls sich der Wechselkurs der D-Mark überraschend stark festigen sollte.

## II. Mittelfristige Entwicklung

### a) Bevölkerung und Arbeitskräfteangebot

60. Ein Ausblick auf die zweite Hälfte der 80er Jahre bewegt sich im Bereich der Bevölkerungsentwicklung auf relativ solidem Boden. Die Diskrepanzen zwischen den Ergebnissen der Bevölkerungsfortschreibung und den Volkszählungsergebnissen, die auch für das nächste Volkszählungsjahr erwartet werden, betreffen das Niveau, weniger aber die Entwicklung des Bevölkerungsbestandes in einzelnen Gruppen oder insgesamt.

61. Die Bevölkerungsprognose stützt sich auf die vom Statistischen Bundesamt erstellte Prognose der deutschen Bevölkerung (einschließlich Wanderungen) bis zum Jahr 1990<sup>1</sup>. Diese Prognose - 1976 erstellt - hat sich als recht verlässlich erwiesen. Gemäß dieser Prognose wird die deutsche Wohnbevölkerung in den 80er Jahren um rd. 1,9 Mill. Personen abnehmen, also um 210.000 Personen oder 0,38 vH je Jahr. Nimmt man hinzu, daß die Zahl der Ausländer in diesem Zeitraum um etwa 130 000 Personen je Jahr zunehmen wird, so resultiert für die gesamte Wohnbevölkerung eine durchschnittliche Abnahme um rd. 80 000 oder 0,15 vH je Jahr. Diese Entwicklung ist zwar verschieden von jener der Nachkriegszeit bis Mitte der 70er Jahre, als (von 1950 bis 1974) die gesamte Wohnbevölkerung um durchschnittlich 0,9 vH je Jahr zunahm; gegenüber der durchschnittlichen Abnahme von 1974 bis 1980 (0,13 vH) ergibt sich aber kaum eine Änderung. Die Schwankungen um diesen Durchschnittswert in den einzelnen Jahren ergeben sich aus konjunkturellen Bewegungen und besonderen staatlichen Maßnahmen (Rückkehrhilfe für Ausländer) (Schaubild 3).

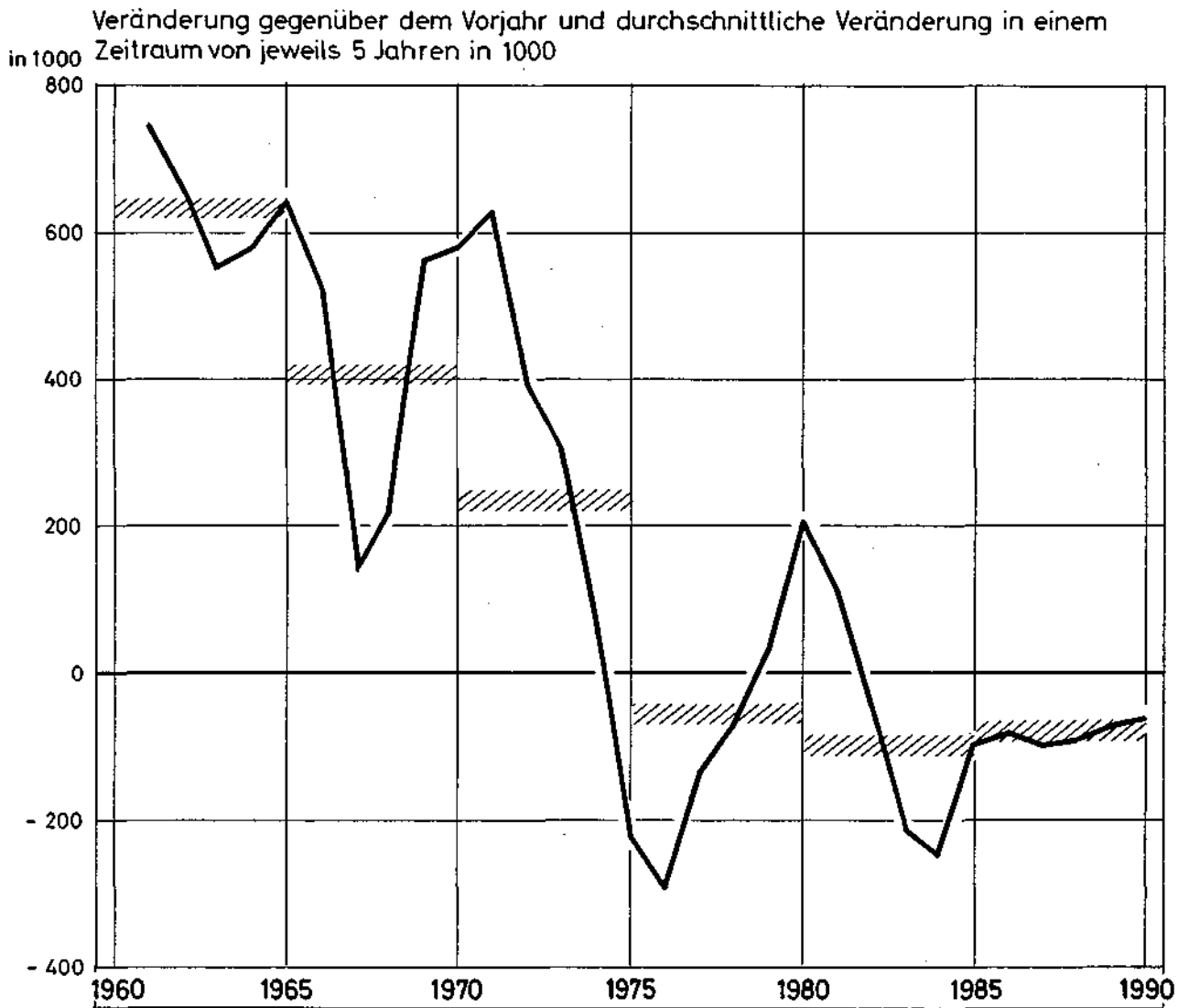
62. Die Altersstruktur der Bevölkerung wird sich bis zum Jahre 1990 deutlich verändern. Schaubild 4 zeigt den Altersaufbau der männlichen und weiblichen Wohnbevölkerung zum Jahresende 1970 und am 1.1.1990, insbesondere den schmalen Sockel, auf die die "Alterspyramide" 1990 stehen wird. Tabelle 2 verdeutlicht, daß sich von 1980 bis 1990 eine relative Abnahme bei den unter 20 Jahre alten Personen und eine Zunahme bei den 20 bis 60 Jahre alten Personen ergeben werden.

<sup>1</sup> Vgl. Linke, Wilfried, Höhn, Charlotte, Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung bis 1990, Wirtschaft und Statistik, Heft 12, 1975, S. 793-798; dieselben, Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung bis 1990, Wirtschaft und Statistik, Heft 6, 1976, S. 337-340. Methodisch handelt es sich um eine jahrgangswise Fortschreibung der Bevölkerung.



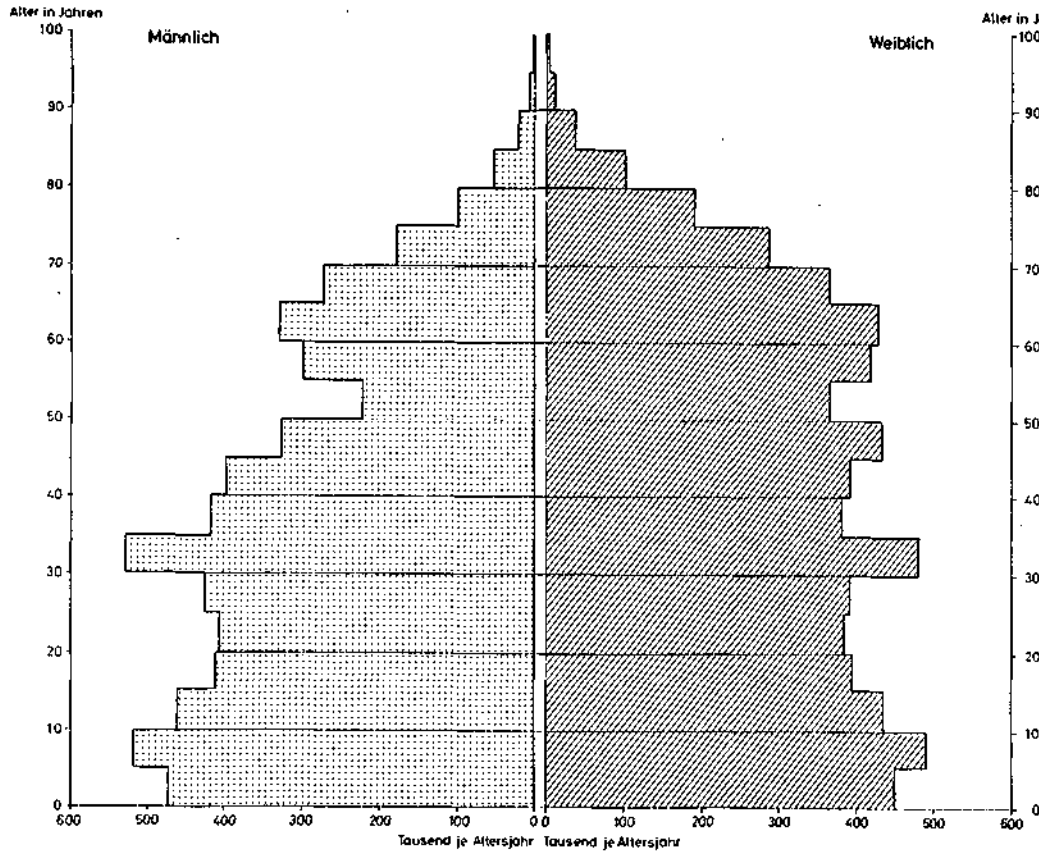
Schaubild 3

## Entwicklung des Bevölkerungsbestandes (Inländer und Ausländer)



# Schaubild 4

Altersaufbau der Wohnbevölkerung am 31.12.1970



Altersaufbau der Wohnbevölkerung am 1.1.1990 ohne Ausländer

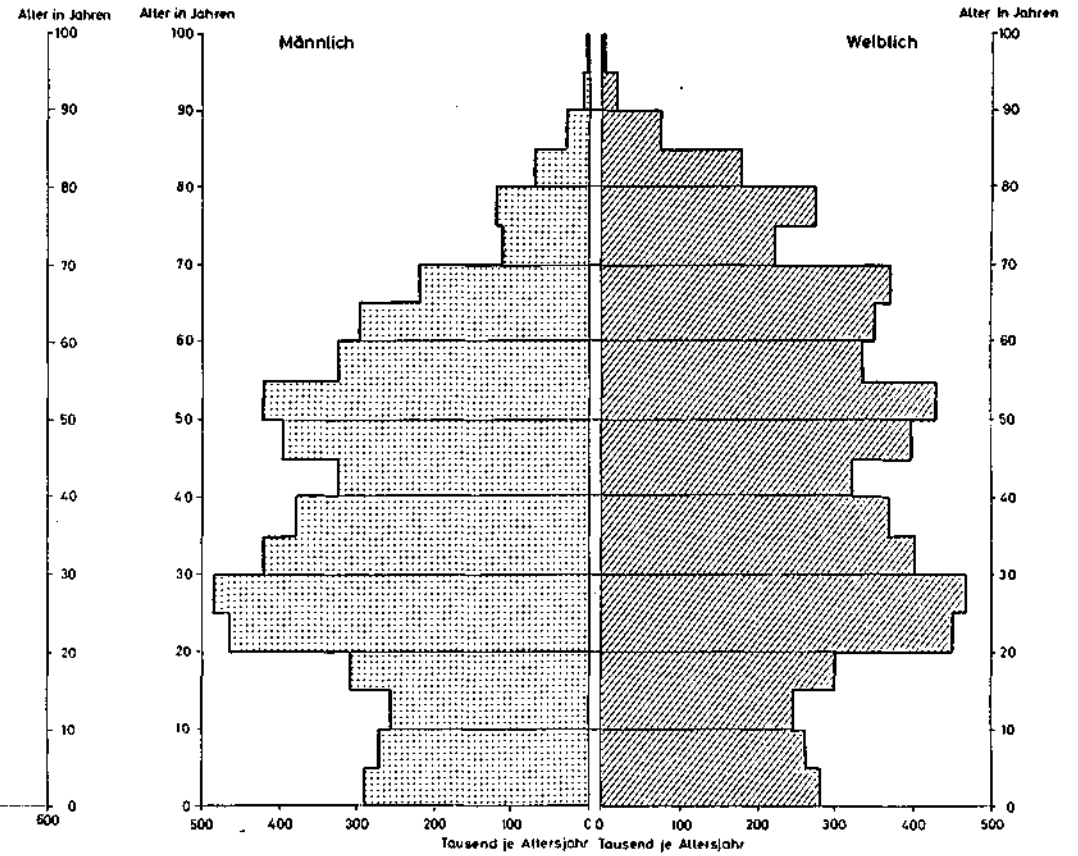


Tabelle 2 - Deutsche Bevölkerung nach Altersgruppen

	1975		1980		1985		1990	
	in 1.000	in vH	in 1.000	in vH	in 1.000	in vH	in 1.000	in vH
unter 20 Jahre	16.600	28,8	15.000	26,3	12.880	23,0	11.000	20
21 - 60 Jahre	28.828	50,1	30.500	53,5	31.420	56,1	31.900	58
61 und älter	12.223	21,2	11.600	20,6	11.700	20,9	12.100	22
alle	57.651	100	57.100	100	56.000	100	55.000	100

63. Trotz schrumpfender Gesamtbevölkerung dürfte das Arbeitskräftepotential, also jene Personengruppe aus der Gesamtbevölkerung, die bei gegebenen ökonomischen und sozialen Bedingungen, u.a. bei gegebenen Lohnsätzen bzw. Chancen zum Erwerb von Arbeitseinkommen, arbeiten können und wollen, in den nächsten Jahren steigen<sup>1</sup>. Der Anteil und die absolute Zahl der Personen im Alter von 20 bis 60 Jahren wird zunehmen (Tabelle 2). Bei den Männern ist ein Anstieg um 827 000 Personen zu erwarten, bei den Frauen eine nur geringfügige Abnahme um 95 000 Personen. Hinzu kommt bei einigen Personengruppen (bestimmte Altersgruppen der verheirateten Frauen) eine zunehmende Erwerbsneigung; dem stehen freilich - wenn auch quantitativ geringere - gegenläufige Effekte bei anderen Personengruppen, insbesondere die Einflüsse einer verlängerten Ausbildungsdauer und eines vorzeitigen Rentenbezugs, gegenüber. Die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte hatte - nach einem kräftigen Anstieg bis zur Mitte der 70er Jahre - zunächst abgenommen, ist zu Beginn der 80er Jahre gestiegen. Nach der Gewährung von Rückkehrhilfen im Jahre 1984 wurde diese Tendenz unterbrochen. In den nächsten Jahren dürfte das Angebot an ausländischen Arbeitskräften eher wieder leicht zunehmen. Die ausländische Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland wird sich infolge von Familienzusammenführungen, durch Zuwanderungen aus EG-Staaten und durch die natürliche Bevölkerungsbewegung (Geburtenüberschuß) trotz der Rückwanderung per Saldo leicht erhöhen. Die trendmäßige Entwicklung wird wie in der Vergangenheit von konjunkturellen Schwankungen überlagert werden.

<sup>1</sup> Vgl. hierzu Boss, Alfred, Das Arbeitskräfteangebot in der Bundesrepublik Deutschland in den 80er Jahren, Institut für Weltwirtschaft, Kieler Arbeitspapiere, Nr. 158, November 1982.

## b) Kapitalstock und Produktionspotential

64. Der Kapitalstock der deutschen Wirtschaft, das Bruttoanlagevermögen in konstanten Preisen hat von 1960 bis 1970 um jahresdurchschnittlich 5,6 vH zugenommen (Tabelle 3). In den 70er Jahren nahm diese Rate auf 4,1 vH ab. Entscheidend dafür war der verlangsamte Anstieg der Investitionen - der Ausrüstungsinvestitionen ebenso wie der Bauinvestitionen (Tabelle 4).

Tabelle 3: Kapitalstock und Produktionspotential - jahresdurchschnittliche Veränderung in vH -

Zeitraum	Kapitalstock	Produktionspotential
1961-1970	5,6	4,5
1971-1980	4,1	2,9
1981-1985	3,0	1,7
1981-1990	3,0	1,9

Tabelle 4: Investitionen in Preisen von 1980 - jahresdurchschnittliche Veränderung in vH -

Zeitraum	Anlagen	Ausrüstungen	Bauten
1961-1970	4,5	6,8	3,4
1971-1980	1,7	2,5	1,0
1971-1975	-1,3	-1,9	-0,9
1976-1980	4,5	6,8	3,0
1981-1985	-1,1	0,8	-2,4
1986-1990	3,5	5,8	1,4

Dabei ist die erste Hälfte der 70er Jahre die eigentliche Phase der Investitionsschwäche; für die zweite Hälfte ergibt sich dagegen im Durchschnitt eine Stabilisierung der Investitionstätigkeit. Freilich sind die Fünfjahresdurchschnitte dadurch etwas verzerrt, daß der Kapazitätsauslastungsgrad 1975 niedriger als 1970 und 1980 war.

65. Entsprechend der Entwicklung des Kapitalstocks ist das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential mit abnehmendem Tempo gewachsen. Nach 4,5 vH in den 60er Jahren ergibt sich eine jahresdurchschnittliche Zunahme von 2,9 vH für die 70er Jahre (Tabelle 3).

Um die Entwicklung des Kapitalstocks und des Produktionspotentials bis zum Jahre 1990 abzuschätzen, ist es vor allem erforderlich, eine Vorstellung über die Zugänge zum Kapitalstock, die Investitionen, zu gewinnen. Einzelüberlegungen dazu sind im Abschnitt "Bruttosozialprodukt und seine Verwendung" dargestellt. Die Ergebnisse sind in Tabelle 4 dargestellt. Für den Kapitalstock und das Produktionspotential resultieren daraus durchschnittliche Veränderungsraten im Zeitraum 1980 bis 1990 von etwas unter 2 vH (Tabelle 3)<sup>1</sup>.

### c) Bruttosozialprodukt und Inflationsrate

66. Im Abschnitt Geldpolitik war beschrieben worden, welche Geldpolitik in den nächsten Jahren wohl zu erwarten ist. Schaubild 1 verdeutlicht die Konsequenzen der erwarteten Politik für die Geldmenge  $M_1$ . Nach Untersuchungen von Trapp<sup>2</sup> ist die Wirkungsverzögerung zwischen Änderungen in der Entwicklung der wirtschaftlichen Aktivität bzw. in der Preisentwicklung zwar in Grenzen variabel, der Lag beträgt aber in etwa drei bis vier Quartale für die wirtschaftliche Aktivität und etwa 2 1/2 Jahre für die Preisentwicklung. Insofern ist die wirtschaftliche Entwicklung bis weit in das Jahr 1986 hinein in ihren Grundzügen durch die bereits hinter uns liegende in- und ausländische Wirtschafts-, insbesondere Geldpolitik, festgelegt. Die für 1986 erwartete konjunkturelle Entwicklung ist in den Ziffern 51 bis 59 beschrieben worden.

67. Auf der Basis dieser Entwicklung und der für 1986 wahrscheinlichen Geldpolitik wird die in Schaubild 5 dargestellte Preisentwicklung erwartet. Danach wird die Inflationsrate aufgrund der 1984 und 1985 eher knappen Geldpolitik und einer tendenziellen Aufwertung der D-Mark 1986 niedrig bleiben, möglicherweise sogar noch sinken. Danach dürfte die Inflationsrate wieder etwas höher sein. Im Durchschnitt des Jahrzehnts wird die Inflationsrate wohl reichlich 3 vH betragen und damit zwar höher als in den 60er Jahren (2 1/2 vH), aber niedriger als im vergangenen Jahrzehnt (5 vH) ausfallen. Für die zweite Hälfte der 80er Jahre bedeutet dies einen Preisanstieg von rd. 2,5 vH je Jahr (Schaubild 5), (Tabelle 5).

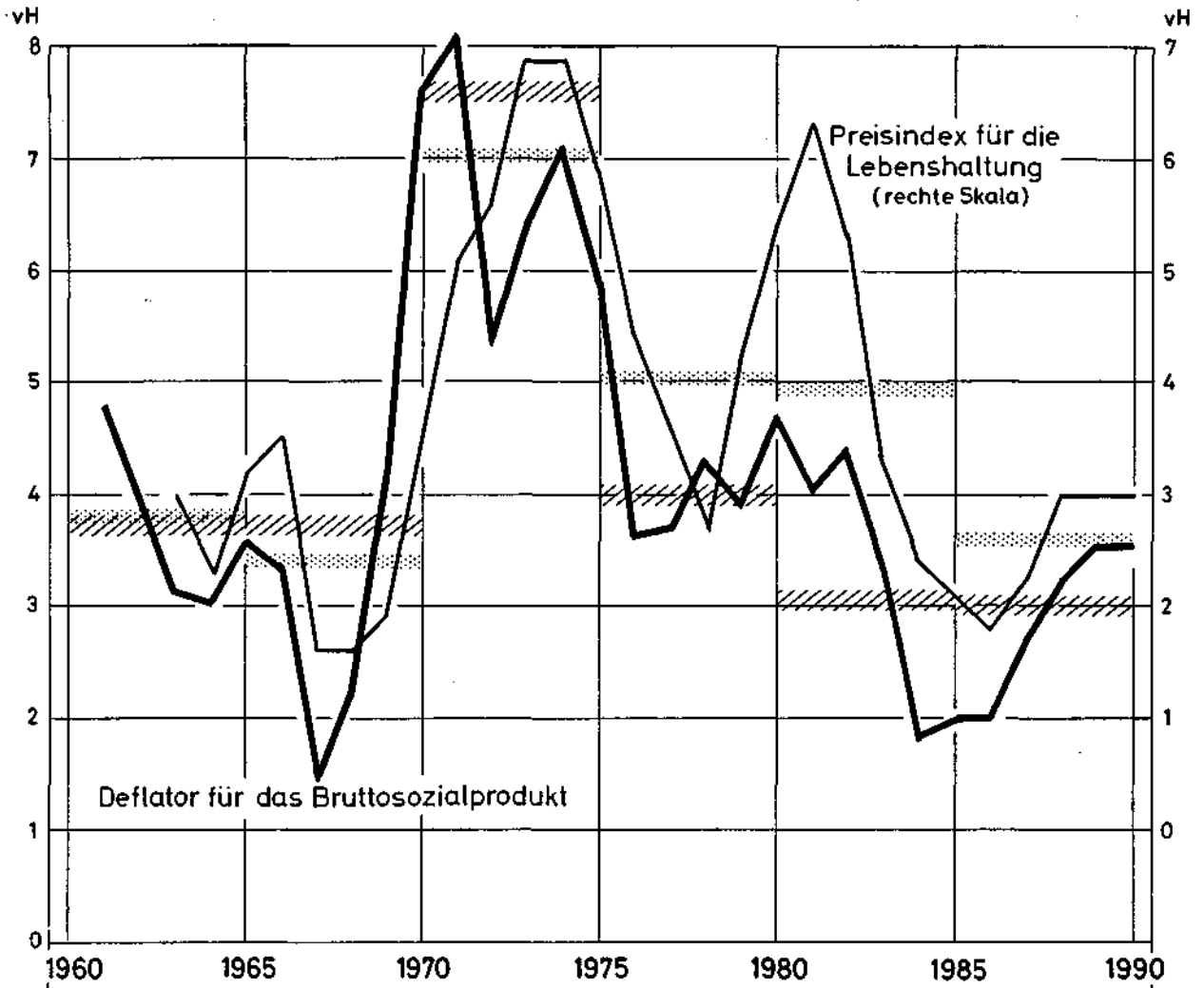
<sup>1</sup> Zum methodischen Ansatz vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1977/78, Bundestagsdrucksache 8/1221 vom 22. November 1977, S. 213-214, S. 216-218. Bei der Berechnung der von Konjunkturschwankungen bereinigten Kapitalproduktivität wird ein logarithmisch-linearer Trend für die Jahre 1960 bis 1979 zugrundegelegt.

<sup>2</sup> Vgl. Trapp, Peter, Geldmenge, Ausgaben und Preisanstieg in der Bundesrepublik Deutschland, Kieler Studie, Nr. 138, Tübingen 1976, insbesondere S. 143-144.

Schaubild 5

### Preisindex für das Bruttosozialprodukt und Inflationsrate (a)

Veränderung gegenüber dem Vorjahr und im Durchschnitt von jeweils 5 Jahren (vH)



(a) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.

Tabelle 5 - Preisniveau, Veränderung in vH

Zeitraum	Deflator für die Inlands- nachfrage <sup>a</sup>	Preisindex für die Lebens- haltung	Deflator für das Brutto- sozialprodukt
1961	4,5	.	4,8
1962	3,9	.	3,9
1963	3,3	3,0	3,1
1964	2,9	2,3	3,0
1965	3,8	3,2	3,6
1966	3,0	3,5	3,3
1967	0,9	1,6	1,4
1968	2,3	1,6	2,2
1969	3,8	1,9	4,2
1970	6,7	3,6	7,6
1971	7,3	5,1	8,1
1972	5,3	5,6	5,3
1973	6,7	6,9	6,4
1974	8,2	6,9	7,1
1975	5,9	5,9	5,9
1976	3,9	4,4	3,6
1977	3,8	3,6	3,7
1978	3,4	2,7	4,3
1979	4,7	4,2	3,9
1980	6,3	5,4	4,7
1981	5,6	6,3	4,0
1982	4,1	5,3	4,4
1983	3,0	3,3	3,3
1984	2,2	2,4	1,8
1985	2,0	2,1	2,0
1986	1,8	1,8	2,0
1987	2,2	2,2	2,7
1988	3,0	3,0	3,2
1989	3,0	3,0	3,5
1990	3,0	3,0	3,5
1961-1965	3,7	2,8	3,7
1966-1970	3,3	2,4	3,7
1971-1975	6,7	6,1	6,6
1976-1980	4,4	4,1	4,0
1981-1985	3,4	3,9	3,1
1986-1990	2,6	2,6	3,0

<sup>a</sup> Bruttosozialprodukt abzüglich Exporte zuzüglich Importe (Außenbeitrag).

68. Grundlage dieser Einschätzung der künftigen Entwicklung des Preisniveaus ist die Hypothese, "daß eine nachhaltige Änderung der Geldmengenexpansion ceteris paribus zu einer gleichgerichteten Änderung der Inflationsrate führen wird. Diese Anpassung erfolgt erst nach einer gewissen Zeit, nachdem es über Veränderungen der relativen Preise finanzieller und realer Vermögensarten zu einer Reaktion der nominalen Güternachfrage gekommen ist"<sup>1</sup>. Zusätzliche Einflußfaktoren (Wechselkurs und Importpreise, Mehrwertsteuersatzänderungen usw.) sind "nur insofern bedeutsam, als sie kurzfristig zu Abweichungen von einem durch die Geldpolitik vorgegebenen Trend führen können"<sup>2</sup>.

69. Die relativ moderate Preisentwicklung, die für die kommenden Jahre angelegt ist, stellt für die Geldpolitik keinen Handlungszwang her. Restriktive Politik, die eine Rezession provozieren könnte, steht somit nicht an. Nicht auszuschließen ist freilich, daß es zeitweise - insbesondere vom Ausland kommende - Bremsfaktoren gibt, die die gesamtwirtschaftliche Aktivität beeinträchtigen können. In einem solchen Fall wäre mit geld- aber auch finanzpolitischen Gegenmaßnahmen zu rechnen. Diese dürfte jedoch kaum so stark und nachhaltig sein, daß daraus starke inflationäre Impulse resultieren. Da bei sonst insgesamt eher stetiger Globalsteuerung durch geld- und finanzpolitische Stellen aber gleichzeitig keine allzu großen Erwartungen auf eine ausgeprägt marktwirtschaftliche Korrektur der Steuer-, Ausgaben- und Tarifpolitik bestehen, wird sich die Wachstums- und Beschäftigungsdynamik wohl nicht nennenswert verstärken. Zuwachsraten des realen Sozialprodukts zwischen 2 und 3 Prozent in der zweiten Hälfte der 80er Jahre dürften somit realistisch sein. Für das Jahrzehnt insgesamt bedeutet dies einen durchschnittlichen jährlichen Anstieg von weniger als 2 vH (Schaubild 6).

70. Die skizzierte gesamtwirtschaftliche Entwicklung ergibt sich bei Verwendung eines formalisierten Regressionszusammenhangs für die inländische Verwendung (reales Bruttosozialprodukt abzüglich Exporte zuzüglich Importe). Dabei sind Änderungen der Expansionsrate der Geldmenge  $M_1$  und Änderungen im Tempo des Preisniveausanstiegs, gemessen am Deflator für die inländische Verwendung, die erklärenden, simultan und mit Verzögerung wirkenden Variablen<sup>3</sup>. Die für

<sup>1</sup> Fürstenberg, Reinhard, und Scheide, Joachim, Ansätze zur Inflationsprognose. Ein Beitrag über die voraussichtliche Entwicklung in der Bundesrepublik, Kieler Arbeitspapiere, Nr. 104, Kiel, Mai 1980, S. 7-8.

<sup>2</sup> Fürstenberg, Scheide, Ansätze..., a.a.O., S. 13-14.

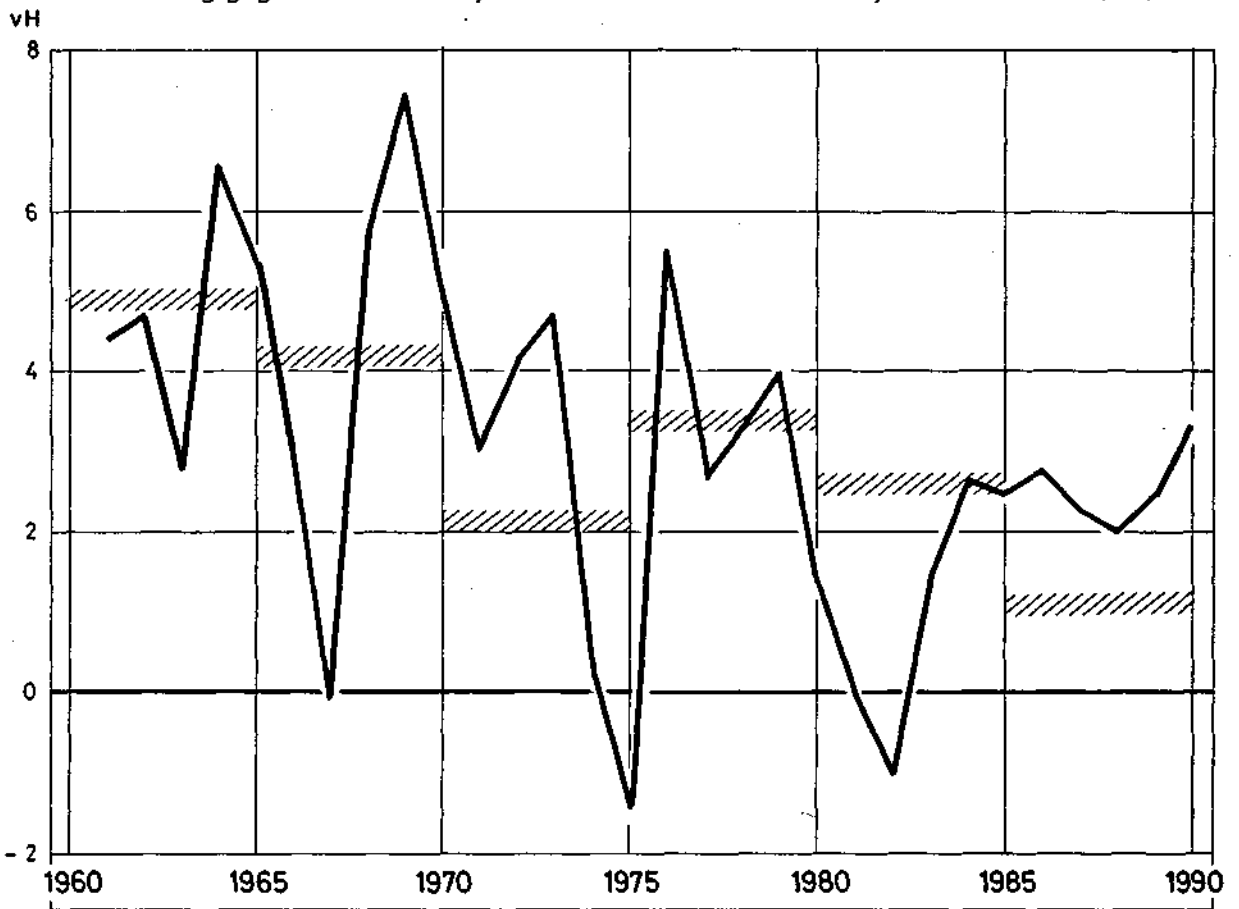
<sup>3</sup> Vgl. Langfeldt, Enno, Kann eine monetäre Schätzgleichung zur Verbesserung der Konjunkturprognosen beitragen?, in: Kredit und Kapital 1983, Heft 2, S. 205-219.



Schaubild 6

**Bruttosozialprodukt in Preisen von 1980**

Veränderung gegenüber dem Vorjahr und im Durchschnitt von jeweils 5 Jahren (vH)



wahrscheinlich gehaltene Entwicklung der Exporte und der Importe wird dann - ohne Verwendung eines Regressionsmodells - in die Analyse einbezogen, um die Entwicklung des realen Bruttosozialprodukts abzuleiten.

71. Die prognostizierte Entwicklung für das reale Bruttosozialprodukt und für den zugehörigen Deflator implizieren für das nominale Bruttosozialprodukt einen durchschnittlichen Anstieg von 5 vH in den 80er Jahren, nach 8,4 vH in den 60er Jahren und 8,2 vH in den 70er Jahren. Angesichts der prognostizierten Geldpolitik und der erwarteten Entwicklung des Sozialprodukts ist zu untersuchen, ob die Implikationen für die Einkommensumlaufgeschwindigkeit plausibel sind. Die Umlaufgeschwindigkeit wird *ceteris paribus* immer dann hoch sein, wenn der Nominalzinssatz hoch ist, und umgekehrt<sup>1</sup>. Die erwartete Entwicklung des Nominalzinssatzes stützt sich auf die Hypothese einer verzögerten Anpassung an die Preisentwicklung sowie auf die Erwartung eines Realzinssatzes, der im Durchschnitt der 80er Jahre etwas höher ist als in der Vergangenheit. Eine höhere Realrendite und ein höherer Realzinssatz sind dabei Reflex der Erwartung eines gedrückten Reallohns und der zurückgedrängten staatlichen Ansprüche an das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential. Schaubild 7 zeigt, daß die Umlaufgeschwindigkeit und der an der Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere gemessene Zinssatz tendenziell gleichgerichtet verlaufen<sup>2</sup> (Tabelle 6).

#### d) Bruttosozialprodukt und seine Verwendung

72. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte dürften in den 80er Jahren weniger zunehmen als das Bruttosozialprodukt. Dafür spricht einmal die Erwartung, daß sich die Einkommensverteilung etwas zugunsten der Gewinn- und Zinseinkommen verschieben wird. Zudem dürfte sich die Verminderung der Sparquote - trotz steigender Zahl an Haushalten mit relativ jungen Haushaltsvorständen - wegen der stärker individuell abzudeckenden Lebensrisiken (Ausbildung, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter) nicht fortsetzen, sondern durch einen Anstieg abgelöst werden. Dies paßt zu der vermuteten Erhöhung des Realzinses und der stärkeren Investitionsbelebung beziehungsweise dem höheren Außenbeitrag.

<sup>1</sup> Zu den Determinanten der Geldnachfrage vgl. Lehment, Harmen, und Langfeldt, Enno, Welche Bedeutung haben "Sonderfaktoren" für die Erklärung der Geldnachfrage in der Bundesrepublik Deutschland? Weltwirtschaftliches Archiv, Band 116, 1980, Heft 4, S. 669-684.

<sup>2</sup> Die für 1985 prognostizierte Gegenläufigkeit macht dem Verfasser Kopfzerbrechen. Wie sich die Inkonsistenz auflöst, ist indes aus heutiger Sicht schwer zu beurteilen.

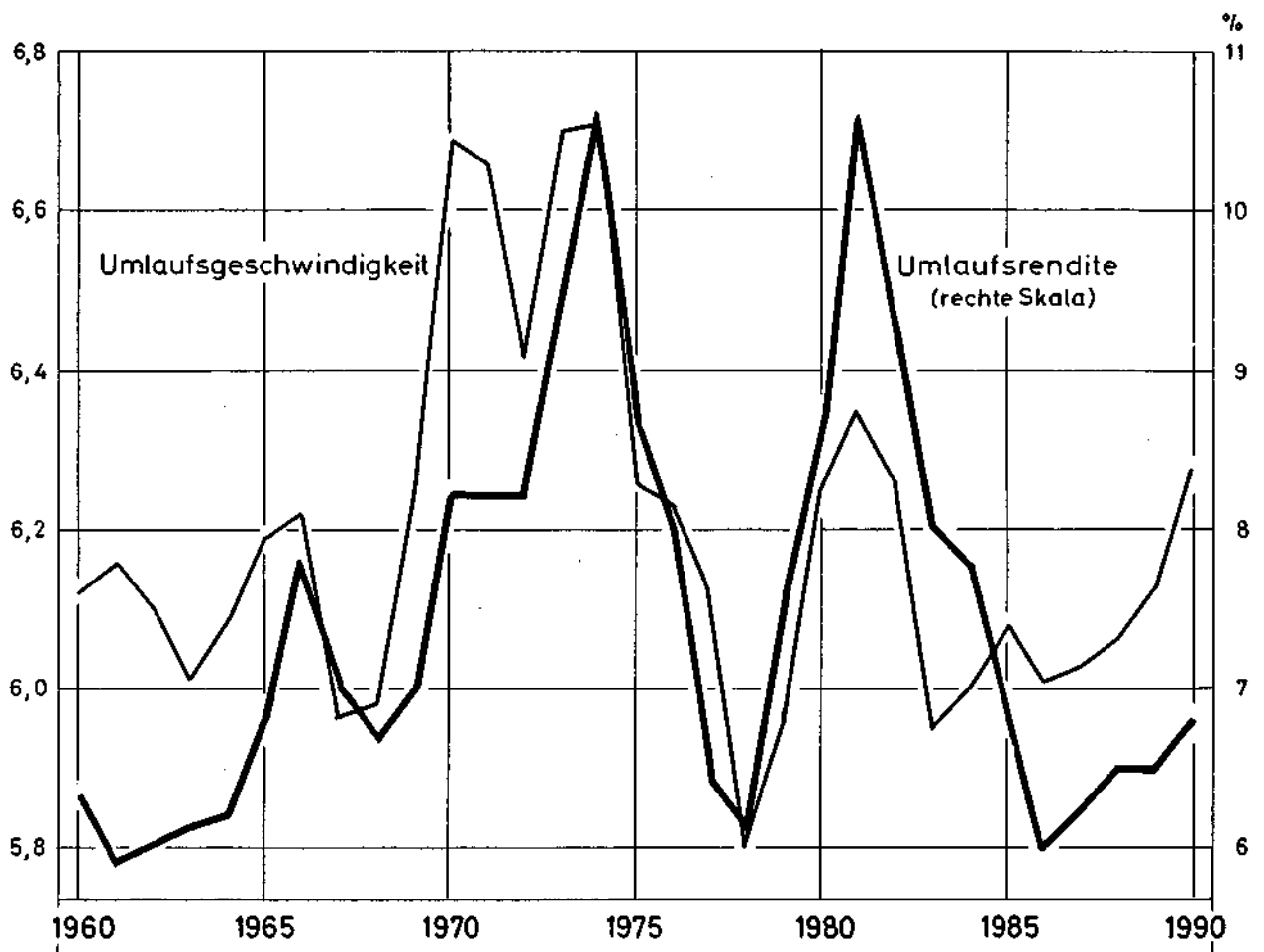
Tabelle 6 - Einkommensumlaufgeschwindigkeit und Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere

Zeitraum	Umlaufgeschwindigkeit <sup>a</sup>	Rendite in %
1960	6,12	6,3
1961	6,16	5,9
1962	6,10	6,0
1963	6,01	6,1
1964	6,09	6,2
1965	6,19	6,8
1966	6,22	7,8
1967	5,97	7,0
1968	5,98	6,7
1969	6,25	7,0
1970	6,69	8,2
1971	6,66	8,2
1972	6,42	8,2
1973	6,70	9,5
1974	6,71	10,6
1975	6,26	8,7
1976	6,23	8,0
1977	6,13	6,4
1978	5,80	6,1
1979	5,96	7,6
1980	6,25	8,6
1981	6,35	10,6
1982	6,26	9,1
1983	5,95	8,0
1984	6,00	7,8
1985	6,08	6,8
1986	6,01	6,0
1987	6,03	6,2
1988	6,07	6,5
1989	6,13	6,5
1990	6,28	6,8
1961-1965	6,11	6,2
1966-1970	6,22	7,3
1971-1975	6,55	9,0
1976-1980	6,07	7,3
1981-1985	6,13	8,5
1986-1990	6,10	6,4
1961-1970	6,17	6,7
1971-1980	6,31	8,2
1981-1990	6,12	7,5

<sup>a</sup> Nominales Bruttosozialprodukt (abzüglich nominaler Außenbeitrag) im Verhältnis zur Geldmenge  $M_1$ .

Schaubild 7

### Einkommensumlaufgeschwindigkeit und Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere



73. Für die Investitionen der Unternehmen wird nach Stagnation in der ersten Hälfte der 80er Jahre ein Anstieg von rd. 6 vH erwartet. Die entscheidenden Argumente für die Erholung der Investitionsneigung sind die erwartete Verbesserung der Ertragslage aufgrund einer relativ maßvollen Lohnpolitik, die etwas weniger erratische Geldpolitik, die damit einhergehenden geringeren Schwankungen der Inflationsrate und die dadurch verringerte Unsicherheit der Investoren über die potentielle Rendite auf Realkapital. Schließlich werden von der Steuerpolitik in Ansätzen Maßnahmen zur Investitionsförderung erwartet, etwa durch Entlastungen bei ertragsunabhängigen und ertragsabhängigen Steuern sowie durch Verbesserungen bei den Abschreibungsregelungen.

74. Für die Bauinvestitionen ergibt sich im Durchschnitt (einschließlich Staat) im Zeitraum 1980 bis 1990 eine Stagnation, der Wohnungsbau dürfte stark rückläufig sein, der staatliche Bau leicht ansteigend; für die Ausrüstungsinvestitionen wird mit einem durchschnittlichen Anstieg um knapp 3 vH eine Entwicklung erwartet, die etwas günstiger als in den 70er Jahren, aber etwas ungünstiger als in den 60er Jahren verläuft (Schaubild 8).

75. Die entscheidenden Bestimmungsfaktoren für die deutschen Exporte sind die Konjunktorentwicklung im Ausland und Änderungen der (relativen) Wettbewerbsposition. Hinzu kommen Einflüsse auf die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung z.B. aufgrund von tarifären und nichttarifären Maßnahmen. Die bei weltweit überwiegend stabilitätsorientierter Politik eher wahrscheinliche reale Abwertung der D-Mark, der gleichzeitig aber eher schwächer steigende Welthandel, teils als Folge restriktiver Globalsteuerung, teils als Folge protektionistischer Maßnahmen, dürften in den 80er Jahren zu einer jahresdurchschnittlichen Zunahme des Exports um rd. 5 vH führen (Schaubild 9). Als Indikator für die Nachfrage nach Einfuhren wird die letzte Verwendung von Gütern herangezogen.

76. Wichtige Ergebnisse zum Bruttosozialprodukt und seiner Struktur sind in Tabelle 7 zusammengefaßt.

#### e) Beschäftigung und Produktivität

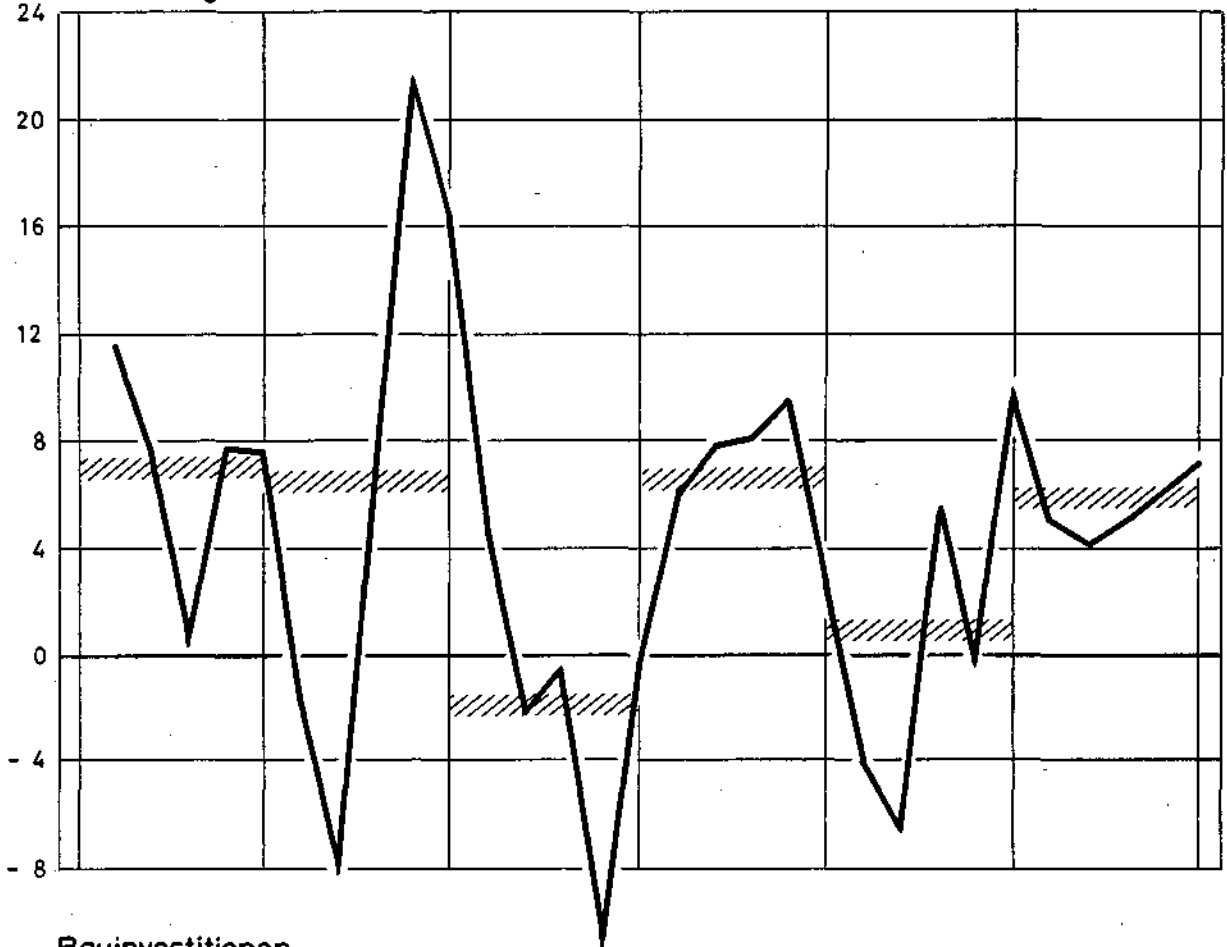
77. Die Perspektiven für den Arbeitsmarkt in den nächsten Jahren sind insgesamt relativ düster. Bei dem für wahrscheinlich gehaltenen wirtschaftspolitischen Kurs und der begrenzten Bereitschaft der Tarifpartner, durch Reallohnzurückhaltung der Beschäftigungssituation Rechnung zu tragen, dürfte die Arbeitskräftenachfrage - bei konjunkturellen Schwankungen - insgesamt zu wenig

Schaubild 8

## Ausrüstungs- und Bauinvestitionen in Preisen von 1980

Veränderung gegenüber dem Vorjahr und im Durchschnitt von jeweils fünf Jahren (in vH)

vH Ausrüstungsinvestitionen



Bauinvestitionen

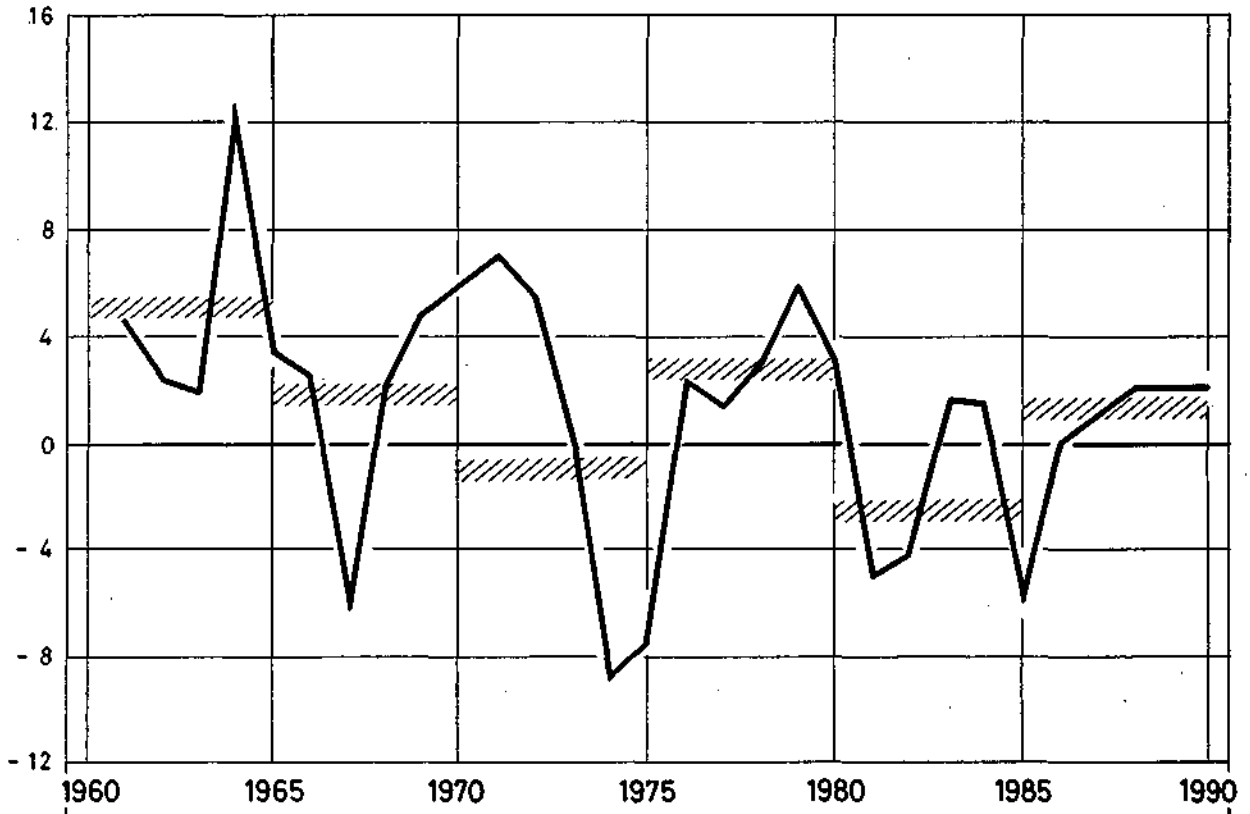


Schaubild 9

## Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen in Preisen von 1980

Veränderung gegenüber dem Vorjahr und im Durchschnitt von jeweils fünf Jahren (vH)

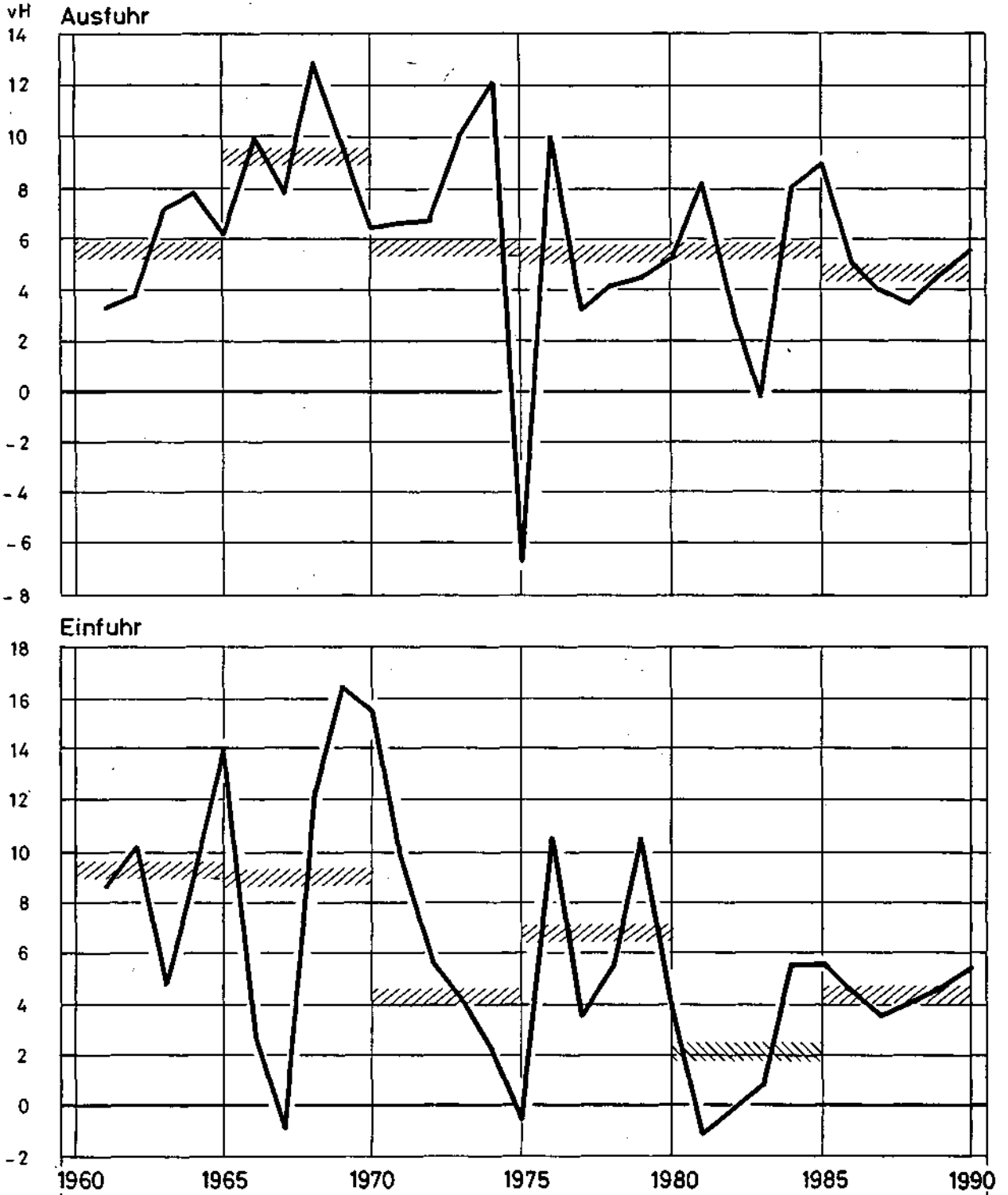


Tabelle 7 - Reales Bruttosozialprodukt (in Preisen von 1980) und seine Komponenten - Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Zeitraum	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Ausrüstungs-investitionen	Bau-investitionen	Exporte	Importe	Bruttosozialprodukt
1961	6,0	6,1	11,7	4,7	3,3	8,7	4,4
1962	5,5	9,4	7,5	2,5	3,8	10,1	4,7
1963	2,8	6,1	0,4	1,8	7,3	4,7	2,8
1964	5,3	1,8	7,8	12,9	7,8	9,4	6,6
1965	6,9	4,9	7,7	3,4	6,2	14,0	5,4
1966	3,1	3,2	-1,8	2,5	9,9	2,7	3,0
1967	1,1	3,7	-8,3	-6,3	7,8	-0,9	-0,1
1968	4,7	0,5	7,0	2,2	12,8	12,1	5,8
1969	8,0	4,4	21,7	4,8	9,7	16,4	7,5
1970	7,6	4,4	16,2	6,1	6,4	15,6	5,0
1971	5,2	5,1	4,7	6,8	6,5	10,0	3,0
1972	4,5	4,2	-2,3	5,3	6,6	5,7	4,2
1973	3,1	5,0	-0,5	-0,2	10,1	4,3	4,7
1974	0,7	4,0	-11,1	-8,9	12,1	2,2	0,2
1975	3,2	3,7	-0,4	-7,6	-6,7	-0,6	-1,4
1976	3,7	1,5	5,9	2,4	9,9	10,5	5,6
1977	4,3	1,4	7,8	1,3	3,3	3,6	2,7
1978	3,8	3,8	8,0	2,8	4,1	5,5	3,3
1979	3,6	3,4	9,6	5,8	4,5	10,5	4,0
1980	1,2	2,6	2,6	2,9	5,3	3,7	1,5
1981	-0,5	1,8	-4,3	-5,1	8,2	-1,2	0,0
1982	-1,3	-0,8	-6,7	-4,3	3,2	-0,1	-1,0
1983	1,1	0,3	5,6	1,7	-0,2	0,8	1,5
1984	0,6	2,4	-0,5	1,6	8,0	5,5	2,7
1985	1,2	2,0	10,0	-6,0	9,0	5,5	2,5
1986	2,4	2,5	5,0	0,0	5,0	4,5	2,8
1987	2,2	2,0	4,0	1,0	4,0	3,5	2,3
1988	1,8	1,5	5,0	2,0	3,5	4,0	2,0
1989	2,0	1,8	7,0	2,0	4,5	4,5	2,5
1990	2,5	2,0	8,0	2,0	5,5	5,5	3,4
1961-65	5,3	5,7	7,0	5,0	5,7	9,4	4,9
1966-70	4,9	3,2	6,6	1,8	9,3	9,0	4,2
1971-75	3,3	4,4	-1,9	-0,9	5,7	4,3	2,1
1976-80	3,3	2,5	6,8	3,0	5,4	6,8	3,4
1981-85	0,2	1,1	0,8	-2,4	5,6	2,1	1,1
1986-90	2,2	2,2	5,8	1,4	4,5	4,4	2,6



steigen, um einen nennenswerten und raschen Abbau der Arbeitslosigkeit zu bewirken. Wenn auch der vom Arbeitskräfteangebot ausgehende Druck auf die Reallöhne die Erwerbsneigung etwas verringern wird, so ist in den nächsten Jahren wegen des steigenden Arbeitskräfteangebots bei begrenzter Flexibilität des Reallohns eine noch höhere Arbeitslosigkeit als in der zweiten Hälfte der 70er Jahre wahrscheinlich. Erst gegen Ende des Jahrzehnts dürfte die Arbeitslosenzahl wieder weniger als 2 Millionen betragen. Die Arbeitslosenquote, gemessen an der Zahl der Arbeitslosen im Verhältnis zu den Erwerbspersonen (einschließlich Selbständige), wird im Durchschnitt der 80er Jahre bei den gegebenen institutionellen Arbeitsmarktbedingungen und bei der erwarteten Wirtschaftspolitik, die keineswegs als optimal zur Lösung des Arbeitslosenproblems zu bewerten ist, wohl mehr als 8 vH betragen, nach 2 1/2 vH in den 70er Jahren und weniger als 1 vH in den 60er Jahren.

78. Von großer Bedeutung für die abgeleiteten Arbeitsmarktergebnisse sind die Erwartungen über die künftige Produktivitätsentwicklung, insbesondere die Erwartung, daß die Zunahme der Arbeitsproduktivität in den 80er Jahren weiter abflachen wird. In den 60er Jahren hatte die Produktivität je Erwerbstätigen um durchschnittlich 4,5 vH zugenommen, in den 70er Jahren um rd. 3 vH (Schaubild 10). Zu dem verlangsamten Produktivitätsanstieg haben viele Faktoren beigetragen.

79. Von großer Bedeutung war wohl die in den 70er Jahren abgeschwächte Zunahme des Kapitalstocks<sup>1</sup>. Dazu mag die Verdrängung privater Investoren durch staatliche Kreditnachfrage (nicht nur für investive Zwecke) beigetragen haben. Auch dürfte die relative Energieverteuerung arbeitsintensive Produktionsprozesse begünstigt und den Kapitaleinsatz gebremst haben<sup>2</sup>. Schließlich ist wohl die Inflation ein wichtiges Hemmnis für die Kapitalbildung gewesen. Zum einen hat sich wohl das Zusammenspiel von Inflation und nicht-indexiertem Steuersystem negativ auf die Produktivitätsentwicklung ausgewirkt (Besteuerung von Scheingewinnen, Lähmung der Leistungsbereitschaft durch inflationsbedingt

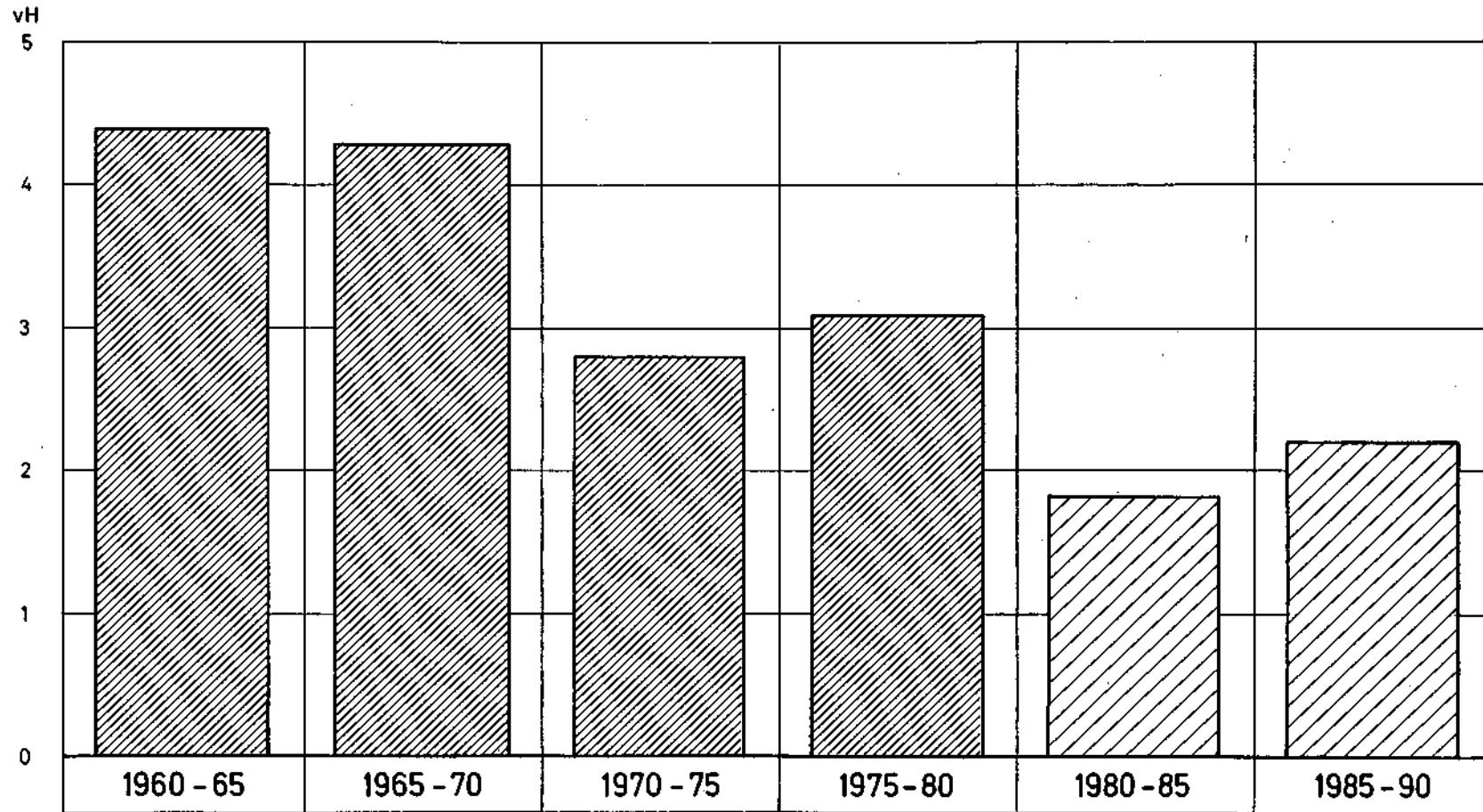
<sup>1</sup> Dabei mag die statistisch ausgewiesene Zunahme wegen der Energieverteuerung und ihrer Folgen sogar noch überzeichnet sein. In die gleiche Richtung wirken die zusätzlichen Investitionsaktivitäten für Zwecke des Umweltschutzes oder höhere Ausgaben der Unternehmen zur Vermeidung von Unfällen am Arbeitsplatz oder zur "Humanisierung des Arbeitslebens"; dies bedeutet freilich nur eine Abflachung in der Zunahme der Produktivität, wie sie üblicherweise gemessen wird, nicht aber oder nur in geringerem Maße einen verlangsamten Anstieg des Einkommens in einem umfassenderen, qualitativen Sinne.

<sup>2</sup> Zur theoretischen Basis des arguments vgl. Tatom, John A., Energy prices and capital formation, Natural Resources Journal, October 1978, S. 877-897.

Schaubild 10

## Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen

Durchschnittliche Veränderung im Mehr-Jahres-Durchschnitt (vH)



hohe marginale Steuersätze). Zum anderen haben stärkere Schwankungen der Inflationsrate bei höherem Niveau in den 70er Jahren tendenziell die Unsicherheit über die künftige Inflationsrate vergrößert mit der Folge, daß die Investoren die Nettoerträge von potentiellen Investitionsobjekten als risikoreicher beurteilten und die Investitionsneigung beeinträchtigt wurde.

80. Zu der verlangsamten Zunahme der Arbeitsproduktivität in den 70er Jahren haben neben der abgeschwächten Ausweitung des Kapitalstocks auch relativ geringe Aufwendungen für Forschung und Entwicklung beigetragen. "In den 60er Jahren ist der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen am Bruttosozialprodukt laufend gestiegen. Das gilt sowohl für die Aufwendungen der Wirtschaft als auch für die Aufwendungen insgesamt .... Das Jahr 1971 stellt einen Höhepunkt der Forschungsaktivitäten dar<sup>1</sup>". Der verlangsamte Anstieg der Forschungsaktivitäten in den 70er Jahren beruht u.a. darauf, "daß der Aufholprozeß gegenüber anderen Industrieländern wohl kaum noch eine Rolle gespielt hat. Insofern ist die Abflachung im Anstieg der Forschungsintensität auch als Rückkehr zu einem "normalen" Entwicklungspfad anzusehen. Ein ähnlicher Schub wie in den 60er Jahren ist damit für die Zukunft kaum zu erwarten"<sup>2</sup>.

81. Inwieweit zusätzliche staatliche Reglementierungen die Privaten zu nicht entgoltenen Mehrleistungen gezwungen und damit den Produktivitätsanstieg behindert haben, ist kaum festzustellen. Das Gleiche gilt für qualitative Änderungen im Angebot von Arbeitskräften, etwa die in den 70er Jahren zunehmende Eingliederung von Frauen in den Produktionsprozeß<sup>3</sup>.

82. Daß die Abflachung des Produktivitätsanstiegs in den 70er Jahren nicht noch stärker war, beruht darauf, daß infolge nachhaltig starken Lohndrucks marginale Arbeitsplätze ausgegliedert worden sind. Die durchschnittliche Arbeitsproduktivität, wie sie statistisch gemessen wird, fiel deshalb im Vergleich zu den 60er Jahren noch relativ hoch aus, weil Arbeitskräfte mit geringer Produktivität als Folge der kräftigen Realloohnerhöhungen der 70er Jahre arbeitslos geworden sind.

<sup>1</sup> Fels, Gerhard, Schmidt, Klaus-Dieter, Strukturwandel, a.a.O., S. 65-67.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 67.

<sup>3</sup> Vgl. hierzu Deutsche Bundesbank, Der Produktivitätsfortschritt in der Bundesrepublik und seine Bestimmungsfaktoren, Monatsbericht, Januar 1980, S. 11-17, hier: S. 14.

83. Zwar ist Pessimismus hinsichtlich der künftigen Produktivitätsentwicklung nicht angebracht, vielmehr dürfte das Produktivitätspotential nach wie vor beträchtlich sein<sup>1</sup>, aber die Bereitschaft der Gesellschaft, technologische Veränderungen und ihre Auswirkungen zu akzeptieren, scheint geringer geworden zu sein. Viele den Produktivitätszuwachs dämpfende Faktoren, die für die 70er Jahre von Einfluß waren, werden auch in den nächsten Jahren eine Rolle spielen. Dem stehen freilich positive Einflüsse gegenüber. So ist z.B. eine - freilich begrenzte - positive Wirkung auf die Kapitalbildung und die künftige Produktivitätsentwicklung wahrscheinlich, wenn die monetäre Expansion - wie erwartet - in den 80er Jahren etwas weniger erratisch als in den 70er Jahren verläuft und wenn daher das Niveau und die Variabilität der Inflationsrate geringer ausfallen und die Risikoprämie im Investitionskalkül der Investoren abnimmt. Insgesamt wird für die 80er Jahre ein Produktivitätsanstieg je Erwerbstätigen um durchschnittlich 2 vH erwartet; dabei kommt es nach einer Rate von 1,8 vH in der ersten Hälfte des Jahrzehnts zu einer etwas günstigeren Entwicklung gegen Ende der 80er Jahre (Schaubild 10).

84. Konkrete Ergebnisse für den Arbeitsmarkt sind in Tabelle 8 dargestellt. Schaubild 11 veranschaulicht die Entwicklung der Erwerbstätigen- und der Arbeitslosenzahl.

85. Die aus der beschriebenen Entwicklung resultierende Unterauslastung der Produktionsfaktoren ist in Schaubild 12 dargestellt. Dabei lassen sich drei verschiedene Perioden unterscheiden: die Jahre 1960-1973, die Periode 1975 bis 1980 und der Zeitraum 1982 bis 1990. Die Jahre 1974 und 1981 lassen sich nicht eindeutig einordnen, sie sind Phasen des Übergangs. Die drei Zeiträume unterscheiden sich dadurch, daß das Niveau der erweiterten Arbeitslosenquote bei "Normalauslastung" im Zeitablauf immer größer geworden ist bzw. wird. Man mag dies so interpretieren, daß die "natürliche" Arbeitslosenquote von 1 vH auf 4 vH in dem Zeitraum 1975 bis 1980 gestiegen ist; sie dürfte in den 80er Jahren nochmals, nämlich auf 8 1/2 vH, zunehmen.

<sup>1</sup> Vgl. Schmidt, Klaus-Dieter, Das Produktivitätspotential der deutschen Wirtschaft, Die Weltwirtschaft, 1981, Heft 1, S. 56-73.

Tabelle 8 - Wohnbevölkerung, Arbeitskräftepotential, Erwerbstätige und Arbeitslose 1970-1990 (Angaben in 1000)

Jahr	Wohnbevölkerung	Arbeitskräftepotential <sup>a,b</sup>	Erwerbspersonen in 1000	Erwerbstätige <sup>a</sup>	Arbeitslose
1970	60 651	26 817	26 817	26 668	149
1971	61 284	27 002	27 002	26 817	185
1972	61 672	27 048	26 990	26 744	246
1973	61 976	27 141	27 195	26 922	273
1974	62 054	27 003	27 147	26 565	582
1975	61 829	26 882	26 884	25 810	1 074
1976	61 531	26 730	26 651	25 591	1 060
1977	61 400	26 754	26 577	25 547	1 030
1978	61 327	26 902	26 692	25 699	993
1979	61 359	27 241	26 923	26 047	876
1980	61 566	27 545	27 217	26 328	889
1981	61 682	27 754	27 416	26 144	1 272
1982	61 638	27 960	27 542	25 709	1 833
1983	61 423	28 160	27 589	25 331	2 258
1984	61 175	28 300	27 596	25 331	2 266
1985	61 080	28 420	27 760	25 450	2 310
1986	61 000	28 520	27 880	25 610	2 270
1987	60 900	28 600	27 880	25 630	2 250
1988	60 810	28 680	27 960	25 660	2 300
1989	60 740	28 660	28 060	25 810	2 250
1990	60 680	28 580	27 950	26 000	1 950

<sup>a</sup>Inländerkonzept. - <sup>b</sup>Daten für die Jahre bis 1974 gemäß Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Daten ab 1975 gemäß eigenen Berechnungen.

Schaubild 11

## Erwerbstätige und Arbeitslose

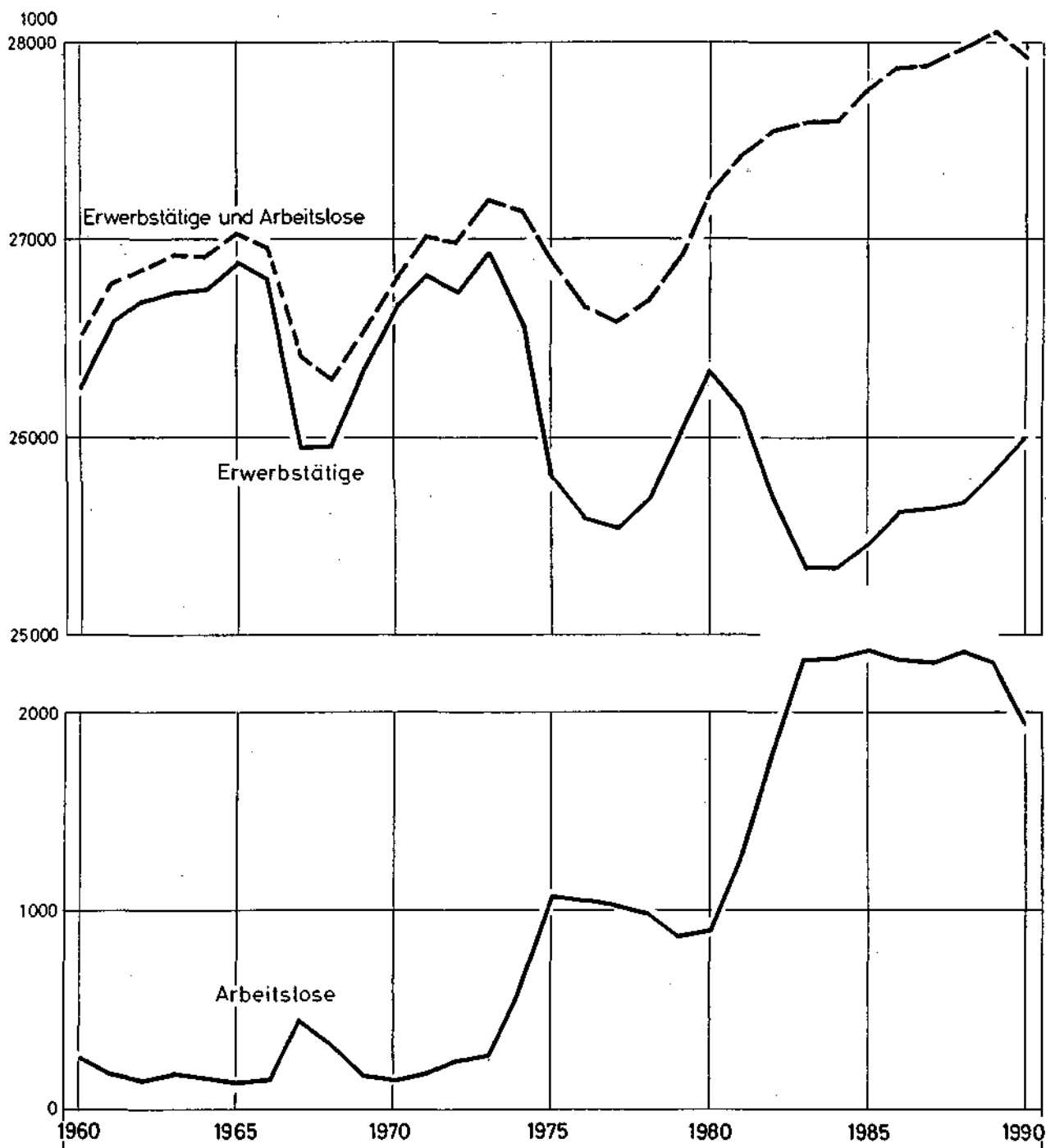
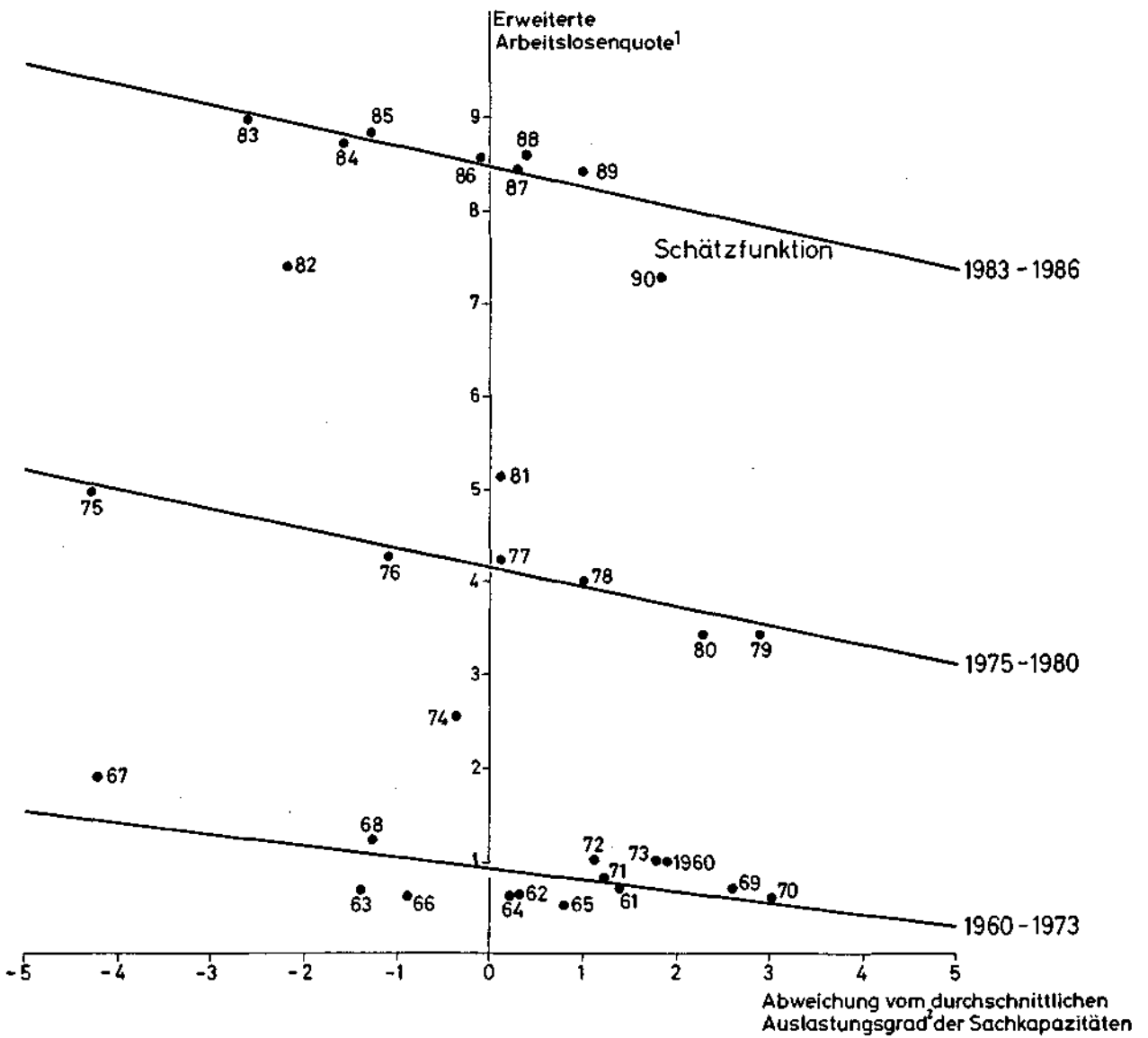


Schaubild 12

## Arbeitslosenquote und Auslastungsgrad der Sachkapazitäten in der Bundesrepublik Deutschland



<sup>1</sup>Zahl der Arbeitslosen plus ein Drittel der Zahl der Kurzarbeiter in vH der Erwerbspersonen. - <sup>2</sup>In Prozentpunkten; durchschnittlicher Auslastungsgrad der Sachkapazitäten 1960 - 1984: 97,1 vH.

## f) Einkommensverteilung

86. Der Reallohnanstieg je Beschäftigten schwächte sich von 5,6 vH in den 60er Jahren auf 3,2 vH in den 70er Jahren ab; die Vergleichswerte für den Nominallohn betragen 8,6 vH und 8,5 vH. Der Ertrag auf den Einsatz von Kapital ist von 8,5 vH im Jahre 1960 auf knapp 4,5 vH im Jahre 1980 trendmäßig gesunken; dabei wird die Kapitalrendite nach dem vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung verwendeten Verfahren<sup>1,2</sup> gemessen. Dieses Resultat steht - bei aller zu vermutenden Ungenauigkeit der verwendeten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung - in deutlichem Kontrast zu vergleichbaren Resultaten für die USA. Dort ist der Ertragssatz für Kapital in den letzten 20 Jahren weitgehend konstant geblieben<sup>3</sup>.

87. Mißt man den Realzins an der Differenz zwischen der Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere und dem Preisanstieg desselben Jahres bzw. - alternativ - dem durchschnittlichen Preisanstieg im laufenden und im vorhergehenden Jahr, so erhält man für die 60er Jahre jeweils etwa 4 vH und für die 70er Jahre etwa 3 vH. Die skizzierte Entwicklung im laufenden Jahrzehnt impliziert einen Realzins, der etwas höher ausfällt als in den 70er Jahren<sup>4</sup>.

## E. Abschließende Bemerkungen

88. Kommt es zu der erwarteten Wirtschaftspolitik und gelten die verwendeten Hypothesen in etwa auch in der zweiten Hälfte der 80er Jahre, so wird das reale Bruttosozialprodukt in den 80er Jahren insgesamt um knapp 2 vH jährlich zunehmen. Dies bedeutet gegenüber den 70er Jahren (2,7 vH) eine nur wenig

<sup>1</sup> Vgl. Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 1973 bis 1976. Zur Kritik an diesem Verfahren vgl. Holzheu, Franz, und Lepping, Bernd, Risiko-, Gewinn- und Finanzstrukturentwicklung: Anmerkungen zu den Diagnosen des Sachverständigenrats, Finanzarchiv, N.F. Band 39, Heft 1, S. 79-98.

<sup>2</sup> Vgl. Hugo Dicke und Peter Trapp, Zur Ertragskraft von öffentlichen und privaten Investitionen, in: Die Weltwirtschaft, Heft 1, 1985, S. 70-86.

<sup>3</sup> Vgl. Feldstein, Martin, und Summers, Lawrence, Is the Rate of Profit Falling? Brookings Papers on Economic Activity 1977, Heft 1, S. 211-228. In methodischer Hinsicht sind die von Feldstein und Summers errechneten Nettoertragssätze vor Steuern den hier berechneten Ertragsraten gleich: Sie ignorieren Änderungen im Wert des Realkapitals, die auftreten, wenn sich die Marktpreise für Investitionsgüter anders als die Konsumgüterpreise entwickeln.

<sup>4</sup> Vgl. hierzu: G. Flemig et al., "Weltwirtschaftliche Wachstumskräfte weiterhin schwach". Kieler Diskussionsbeitrag Nr. 111, Ziff. 51-68.



ungünstigere Entwicklung und gegenüber den 60er Jahren (3,6 vH) eine "Verschlechterung" um gut 1 1/2 Prozentpunkte. Die Sozialproduktentwicklung je Kopf ist weniger ungünstig. Hier ergeben sich für die 60er Jahre rd. 4 vH jährlicher Anstieg für die 70er Jahre 2,5 vH; die Schätzung für die 80er Jahre lautet auf gut 2 vH. Zu beachten ist ferner, daß die Entwicklung der 80er Jahre natürlich durch entsprechende wirtschaftspolitische Entscheidungen und durch Änderungen in den Verhaltensweisen der Wirtschaftssubjekte prinzipiell günstiger gestaltet werden könnte.